

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

220 (23.9.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SCHWARZWEILERBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile für 12 Pfenning, Gegenüberanzeigen und Stellenangebote 8 Pfenning. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfenning o. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Zahlungsjahres, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt o. Erfüllungsort: o. Gerichtsstand in Karlsruhe i. D. o. Sitz der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikfreunde / Sport und Spiel / Die Welt der

50 Jahre Preis monatlich 2.50 Mark o. Oberzuführung 2.20 Mark o. Durch die Post 2.66 Mark o. Gaydortauf 10 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Telekommunikation: Karlsruhe, Hauptstraße 9, B.-Hafen, Telegraphenamt 12; Kellerei, Kellerei 2, Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 220

Karlsruhe, Mittwoch, den 23. September 1931

51. Jahrgang

Für die Einheit der Partei

Partei Vorstand und Parteiauschuß gegen Sonderbestrebungen — Der notwendige Trennungsschritt gegen die Friedensgesellschaft — Mahnung und Appell an die Parteimitglieder

Berlin, 22. Sept. (Eig. Draht). Der Parteiauschuß der Sozialdemokratie beschäftigte sich am 22. September mit den in der Partei hervorgerufenen organisatorischen Sonderbestrebungen. Seine Auffassung darüber kommt in folgender Erklärung und Entschließung zum Ausdruck:

Die propagandistischen und organisatorischen Arbeiten der Partei erfolgen unter Verantwortung und durch die von der gesamten Parteimitgliedschaft gewählten Körperschaften in den einzelnen Orten und Bezirken. Deshalb beschloß der Parteitag zu Heidelberg in dem Antrag Nr. 96, der von der Weimarer Organisation gestellt war: „Der Parteitag wolle beschließen, Sonderkonferenzen, Sonderveranstaltungen, wie sie von den 23. jährlichen Landtagsabgeordneten wiederholt abgehalten worden sind, sind verboten.“

In Konsequenz dieses Beschlusses beschloß der Parteiauschuß in einer Sitzung vom 14. Juli, in welcher er sich mit dem bekannten „Mahrer“ in Nr. 13 des Klassenkampfes befaßte, daß die Einheit und Geschlossenheit der Partei in der gegenwärtigen Sturmzeit mehr als je eine unbedingte Notwendigkeit sei. Er stellte fest, daß auf der Grundlage der „marxistischen Bürgergemeinden“ Anläufe von Organisationen geschäffen seien, die mit der Partei ein organisatorisches Sonderleben nach eigenen Gesetzen führten. Er beschloß deshalb, im Sinne des Heidelberger Parteitagbeschlusses, daß jede Betätigung für diese Sonderorganisatorischen Bestrebungen unvereinbar mit den Interessen der Partei sei und als parteischädliche Handlung angesehen werden müssen. Er forderte die Einstellung aller Sonderaktionen und Bestrebungen zur Errichtung selbständiger Organisationsgebilde in und neben der Partei.

Gegen diesen Beschluß erhob sich nur die Stimme eines an den verurteilten Bestrebungen beteiligten Parteiauschußmitgliedes. Die vom Parteiauschuß ausgesprochene Warnung fand leider nicht die im Interesse der Parteieinheit so dringend notwendige Beachtung. Die „marxistische Bürgergemeinde“ setzte ihre Arbeiten unter dem Namen „Freie Verlagsgesellschaft m. b. H.“ fort. Diese Verlagsgesellschaft ließ am 4. September 1931 eine Wochenzeitschrift „Die Fackel“ erscheinen, die in einer „Geburtsanzeige“ ausdrücklich als gegen die „Leiziner Demokratie“ gerichtet bezeichnet wurde. Damit ist der Kampfcharakter dieses außerhalb der Partei bestehenden Blattes gegen den Leipziger Parteitag, seine Beschlüsse und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands offen zugegeben.

Für die Verbreitung dieser Zeitschrift und zur Schaffung eines Vertrauensmännerkreises beschloß man sich von Angehörigen der Partei durch Verleumdung zur Untertreibung das erforderliche Adressenmaterial im Reich. Man verfuhr durch die in Dienste der Parteiverbreitung stehenden Arbeiter der „Fackel“ und der roten Blätter der „marxistischen Bürgergemeinden“ in die Wege zu leiten. Ohne Kenntnis der Parteifinanzien sollte der Organisationsapparat oder die Mitgliedschaft in den Dienst dieser Sonderaktion gestellt werden.

Alle diese Handlungen sind ein schwerer Verstoß gegen den Beschluß des Heidelberger Parteitages und ein bewußtes Zuwiderhandeln gegen den als letzte Mahnung gefaßten Beschluß des Parteiauschußes vom 14. Juli 1931. Jede weitere Duldung eines solchen zur Parteipaltung führenden Treibens würde alle verantwortlichen Parteinstanzen mitschuldig machen. Dazu kommt die durch führende Personen der Deutschen Friedensgesellschaft, durch Anrufe und Unterschriften-Sammlung erfolgte Gründung einer „linkssozialistischen Arbeitsgemeinschaft“, die sich offenbar gegen die Sozialdemokratische Partei wendet, und zur Schaffung einer neuen Gewerkschaft aufruft. Auch hier wendet man sich an Funktionäre der Partei und versucht, Vertrauensmänner und Mitglieder zu werben.

So bestätigt sich, was der Parteiauschuß in seiner Erklärung vom 14. Juli 1931 sagt, daß — gewollt oder ungewollt — jene parteiverstörenden Tendenzen ihre eigene Entwicklung haben. Für Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, die gleichzeitig der Deutschen Friedensgesellschaft angehören, darf es nach jenem Aufruf der „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ vom 12. September 1931 keine Frage sein, daß sie aus der Deutschen Friedensgesellschaft ausscheiden haben.

Der Parteiauschuß beschloß, daß die Zugehörigkeit zur Deutschen Friedensgesellschaft und die Mitarbeit an der Zeitschrift „Die Fackel“ das andere Deutschland unvereinbar ist mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Er beschloß deshalb, für alle diejenigen, die entgegen dem Heidelberger Beschluß sich an Sonderbestrebungen beteiligen, wie sie durch Gründung oder Unterstützung der „Freien Verlagsgesellschaft“ zum Ausdruck kommen, den Parteiauschuß und fordert den Vorstand auf, alle zur Erhaltung der Parteieinheit und zur Bekämpfung der Sonderbestrebungen notwendigen Schritte ungezögert vorzunehmen.

Angeheuer ernst ist die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands, ungeheuer ernst ist aber auch die Lage in der übrigen Welt, wie der Zusammenbruch der englischen Finanz-

macht gerade in diesen Tagen gezeigt hat. Schwere Wochen und Monate stehen uns bevor. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß diejenigen Kreise, die auf den Zusammenbruch hoffen und glauben, durch ihn ihre Diktatur aufzurichten zu können, ihre Anstrengungen verdoppeln und verdreifachen. Die Hugenbergparade in Stettin, die Vorbereitungen zur demagogischen Ausnutzung der Not, die im Lager der Nazis und der Kommunisten getroffen werden, sind ernste und beachtenswerte Anzeichen für die politische Hochspannung.

Diesen Katastrophenspektiven hat sich die Sozialdemokratie mit aller Macht entgegen geworfen. Ihr ist es zu danken, daß die Hoffnung auf das Chaos bisher nicht in Erfüllung gegangen ist. Könnte sie als eine Minderheit auch nicht alle Anschläge auf die Lebenshaltung der unteren Volksschichten abwenden, so hat sie doch wertvolle sozialpolitische Errungenschaften gehalten und die schlimmsten Angriffe der Reaktion abgelehnt. Ihr gilt deshalb in erster Linie die Todfeindschaft der Einheitsfront von

Hitler, Hugenberg und Thälmann. Aber bisher hat die Sozialdemokratie alle von außen gegen sie gerichteten Stöße ohne Schaden ertragen. Im Kampf gegen die Feinde der Arbeiterklasse, im Kampf gegen die kommunistischen Zerstörer der Arbeiterfront stehen die in der Sozialdemokratie und in den freien Gewerkschaften verbundenen Arbeiter treu und unerhütterlich zusammen. Diese Erkenntnis ist jetzt auch den Kommunisten aufgegangen. Liebenoll haben sie daher alle Bestrebungen gefördert, von denen sie sich eine Erschlüchterung der Front der Sozialdemokratie von innen heraus versprechen.

Unter diesem Gesichtspunkt haben die Beratungen des Parteiauschußes über die Bestrebungen, die auf Bildung von Sonderorganisationen innerhalb der Sozialdemokratie gerichtet sind, erhöhte Bedeutung. Wenn auch nicht angenehm ist, daß die sich als „Opposition“ bezeichnenden Sozialdemokraten die Absicht haben, die kommunistischen Zerlegungsmanöver zu fördern, so sind sie doch viel-

Deutsch-französische Verständigung

Frankreichs neuer Botschafter bei Hindenburg — Erfreuliche amtliche Erklärungen — Laßt den Worten nunmehr Taten folgen

Der Reichspräsident empfing gestern den neuernannten französischen Botschafter, Francois Bonet, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens. Der Botschafter hielt folgende Ansprache:

„Herr Reichspräsident! Ich habe die Ehre, Em. Exzellenz das Schreiben zu überreichen, durch das ich als außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der französischen Republik bei Ihnen beglaubigt wurde.“

Die hohe Mission, mit der ich betraut und deren voller Bedeutung ich mir bewußt bin, ist mir unter Verhältnissen übertragen worden, die zu mancher Weisungs Anlaß geben.

Die gesamte Welt leidet unter einer Wirtschaftskrise und Finanznot, die sich seit Monaten fortzieht, niemand schont und unter den Völkern ein Gefühl der Unruhe verbreitet.

Diese Lage erfordert von allen Staaten — insbesondere von Frankreich und Deutschland — daß sie ihre Anstrengungen auf eine zielbewusste Zusammenarbeit richten.

Dies ist die Ueberzeugung der Regierung der französischen Republik. Sie hat sie in Genuß ausgesprochen, sie hat sie den deutschen Ministern gegenüber gelegentlich ihres Besuches in Paris zum Ausdruck gebracht. Sie wird sich zu dieser Ueberzeugung demnächst in Berlin erneut bekennen, wenn der Ministerpräsident und der Minister des Auswärtigen der französischen Republik der lebenswichtigen Einladungen, die an sie ergangen ist, Folge leisten werden.

Die französische Regierung wünscht mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften den Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern das Höchstmaß an Festigkeit und Sicherheit zu geben.

Dem Beispiel meines hervorragenden Vorgängers folgend, werde ich mein Möglichstes tun, um diese Absichten meiner Regierung zu fördern.

Um meine Aufgabe entsprechend erfüllen zu können, wäre es für mich wertvoll, ihre Unterstützung, Herr Reichspräsident, zu finden, der Sie, von der Achtung aller umgeben, so würdevoll die Geschicke des deutschen Volkes lenken.“

Reichspräsident von Hindenburg erwiderte mit folgenden Worten: „Herr Botschafter! Ich habe die Ehre, aus den Händen Em. Exzellenz das Schreiben zu empfangen.“

den entgegenzunehmen, durch das Sie als außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der französischen Republik bei mir beglaubigt werden.

Sie treten Ihr hohes und verantwortungsvolles Amt in einer besonders schweren Zeit an.

Die große Gefahr, welche die außerordentliche Wirtschaftskrise für die gesamte Welt bedeutet, ist auch nach meiner Ueberzeugung nur durch Zusammenarbeit aller Völker zu bannen.

Bei solcher gemeinsamen Abwehr von Not und Zusammenbruch hat das Schicksal Deutschland und Frankreich eine besondere Aufgabe zugewiesen. Sie wird nur dann erfolgreich zum Heile Europas und der gesamten Welt geführt werden können.

wenn die beiden Völker an sie mit dem Willen zur Verständigung im Geiste aufrichtiger Zusammenarbeit herantreten.

Die Absichten der französischen Regierung, ein solches gedeihliches Zusammenwirken auf der Grundlage vertrauensvoller Beziehungen herbeizuführen, bezeugt sich durchaus mit unseren aufrichtigen Wünschen, deren Erfüllung auch der bevorstehende Besuch der führenden Staatsmänner Frankreichs in Berlin fördern möge.

Ich begreife es lebhaft, daß Sie, Herr Botschafter, dem Beispiel Ihres Herrn Vorgängers folgend, es als Ihre vornehmste Aufgabe betrachten, mit allen Ihren reichen Kräften nachdrücklich dabei mitzuwirken, um zur Wohlfahrt unserer Länder, zur Befriedung des erschütterten Europas und damit zum Heil der Menschheit das von uns allen Erstrebte zu erreichen.

Em. Exzellenz dürfen überseuen sein, daß die deutsche Regierung und ich selbst alles tun werden, um Sie bei diesen Bemühungen zu unterstützen. Ich heiße Sie, Herr Botschafter, im Namen des Deutschen Reiches herzlich willkommen.

Die französischen Staatsmänner in Berlin

Paris, 22. Sept. Wie aus der Umgebung des Ministerpräsidenten Laval verlautet, werden Laval und Außenminister Briand am kommenden Samstag um 16.25 Uhr mit dem Nordexpress aus Paris abfahren und am Sonntag um 8.37 Uhr in Berlin eintreffen. Sie werden Berlin am Dienstag verlassen.

Curtius wird gehen

Nach selbstverschuldeten Mißerfolgen

SPD. Berlin, 22. Sept. (Eig. Draht). Der Reichsaußenminister kehrt am Donnerstag von Genf nach Berlin zurück. Er wird dem Reichstag sofort Bericht erstatten und ihn bei dieser Gelegenheit befragen, ob er bzw. das Kabinett ihm weiter Vertrauen schenken wollen. Die Antwort dürfte wahrscheinlich dahin lauten, daß die politisch-parlamentarische Lage den Rücktritt des Außenministers angebracht erscheinen lasse.

Die Frage, wer Curtius folgt, wird in politischen Kreisen bereits eifrig diskutiert. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß ein neuer Minister nicht bestellt und Weining die Leitung des Auswärtigen Amtes bis auf weiteres selbst übernehmen wird. Man spricht aber auch von einer Kandidatur des deutschen Botschafters in London, v. Neurath, der, so oft der Abgang von Curtius und seine Nach-

folge in den letzten Monaten erörtert wurde, immer wieder als künftiger Außenminister genannt, bzw. als Kandidat für dieses Amt von gewisser Seite in den Vordergrund gehoben wurde. Neurath ist seit vielen Jahren Diplomat. Traudene besondere Leistung hat er während seiner langjährigen Laufbahn nicht zu verzeichnen. Er hat nicht besser als andere Botschafter seines Amtes gewaltet. Wenn er gerade trotzdem immer wieder als Kandidat für die Leitung des Auswärtigen Amtes genannt wird, dann ist das auf seine persönlichen Beziehungen zu hohen und höchsten Amtspersonen des Reiches zurückzuführen. Es kommt hinzu, daß er politisch zu den Deutschnationalen zu rechnen ist und seine Kandidatur von dieser Seite aus ganz bestimmten Gründen unterstützt wird.

Neuraths Kurs als Außenminister kann deshalb ebensowenig zweifelhaft sein, wie die Haltung der Sozialdemokratie zu dieser Politik.

sch als Schutzschild für diese Versuche benutzt worden. So nur ist der leidenschaftliche Kampf zu verstehen, den die gesamte Sozialdemokratische Partei gegen alle Absichten führt, durch die die Einheit der Partei gefährdet werden kann. Nicht auf die Absichten derjenigen kommt es an, die neben den von der gesamten Mitgliedschaft gewählten Körperschaften Sonderzirkel und Gruppen bilden, sondern auf die Wirkung, die dadurch ausgelöst wird. Immer wieder hat sich in der Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gezeigt, daß alle sonderbündlerischen Bestrebungen ihr eigenes Entwicklungsgeleise haben und über kurz oder lang, falls nicht rechtzeitig gegen sie vorgegangen wird, zur Spaltung der Partei führen müssen.

Der Beschluß des Parteiausschusses, der mit überwältigender Mehrheit gefaßt wurde, ist von A bis Z erfüllt von dem Willen, Duldsamkeit zu üben und die Einheit der Partei zu erhalten. Obwohl bereits eine ganze Reihe von Handlungen vorliegen, die klar und eindeutig einen Verstoß gegen Beschlüsse der Partei darstellen, und zu energischem Einschreiten hätten Veranlassung geben können, vermerkt es der Beschluß, solche Konsequenzen bereits für die Vergangenheit zu ziehen. Lediglich gegenüber der Deutschen Friedensgesellschaft, deren politisch und moralisch anfechtbares Verhalten ein entschiedenes Abwenden unbedingt gebietet, wird die einzig mögliche Folgerung für die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei gezogen.

An dem Beschluß des Parteiausschusses begrüßen wir außerdem auch, daß die Mitarbeit an dem Organ der Deutschen Friedensgesellschaft, das andere Deutschland, als nicht mehr vereinbar mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei erklärt wird. Dies Organ der Friedensgesellschaft hat sich immer mehr zu einem Vehikel gegen die Sozialdemokratie entwickelt, das zur besonderen Freude der Kommunisten seine Tätigkeit ausübt. Es hat auch, um das bei dieser Gelegenheit ganz offen zu sagen, innerhalb der Partei und der Reichstagsfraktion schon längst tiefen Unwillen erregt, daß der Reichstagsabgeordnete Gen. Ströbel stets an leitender Stelle in diesem Organ sich präsentierte.

Für die Sonderbestrebungen innerhalb der Partei aber legt der Beschluß des Parteiausschusses lediglich noch einmal eindeutig die Grundfeste fest, die durch die wiederholten Parteitagbeschlüsse seit langem geltenden Parteirecht sind, und deren strikteste Befolgung für die Zukunft unter allen Umständen verlangt werden müsse. Diese Haltung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses ist um so mehr zu begrüßen, als sie noch einmal unzweideutig Zeugnis ablegt für den ernsten Willen, alles zu versuchen, um die Partei ungeschwächt und in voller Geschlossenheit durch die schwere Krise hindurchzubringen. Zugleich aber ist sie auch ein Beweis dafür, daß nach wie vor die Meinungsfreiheit innerhalb der Sozialdemokratie durch nichts beeinträchtigt werden soll. Allen Parteiangehörigen, die sich zu dem Programm und den Grundgedanken der Sozialdemokratie bekennen, steht die freie Äußerung ihrer politischen und tatsächlichen Meinungen zu. In einer demokratischen Organisation aber bedarf es zur Meinungsausprägung nicht des organisatorischen Zusammenschlusses, nicht der Bildung von Sondergruppen irgend welcher Art. Diese Sondergruppen gefährden die demokratische Grundlage der Partei, sie rufen die Gefahr hervor, daß die Minderheit mit ihrer Hilfe die Willen der Mehrheit durchkreuzt und Konflikte hervorruft, die nicht nur zur Schwächung, sondern sogar zum Zerfall der Partei führen müssen. Nicht der Meinungsfreiheit, sondern allen Sonderbestrebungen gilt deshalb der Kampf, sie müssen verschwinden.

Wir haben die Hoffnung, daß die Gesamtpartei diesen wahren Sinn des Beschlusses ihrer leitenden Körperschaften verstehen werden. Wir richten auch an alle diejenigen, die direkt oder indirekt an solchen Sonderbestrebungen beteiligt sind, die dringende Mahnung, dem Verlangen des Parteiausschusses nach Einstellung dieser Tätigkeit Rechnung zu tragen. Wir halten es für bedeutsam, daß der letzte Absatz der Entschließung, der den Parteivorstand auffordert, „alle zur Erhaltung der Parteieinheit und zur Befämpfung der Sonderbestrebungen notwendigen Schritte ungesäumt vorzunehmen“, der trotz aller sonstigen Meinungsverschiedenheiten einstimmig angenommen wurde. Handeln alle dieser Mahnung entsprechend, dann wird die Ermächtigung an den Parteivorstand keine praktische Bedeutung bekommen, dann wird es möglich sein, die ganze Kraft der Sozialdemokratie auf den Kampf gegen ihre Gegner zu konzentrieren, und für die Verteidigung der Lebensinteressen des deutschen Proletariats einzusetzen.

Reichstagswiedereröffnung am 13. Okt.

Berlin, 22. Sept. (Eig. Draht.) Reichstanzler Brüning empfing am Dienstag den Reichstagspräsidenten Löbe zu einer Besprechung über die Wiedereröffnung des Reichstags. In Übereinstimmung mit der Reichsregierung wird der Reichstagspräsident den Vorkonferenz des Reichstags zum 12. Oktober einberufen; am 13. Oktober tritt das Plenum zusammen. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung steht: Die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

In der Regierungserklärung wird der Reichstanzler in kurzen Zügen einen Überblick über die Maßnahmen der Reichsregierung während der Vertagung des Reichstags geben, ihre Notwendigkeit begründen und schließlich nähere Mitteilungen über die künftigen Absichten des Kabinetts in außen- und innenpolitischer Beziehung machen.

Der Regierungserklärung soll eine mehrtägige Debatte folgen, mit der die Beratung aller Anträge verbunden werden soll, die zur Politik der Reichsregierung vorliegen.

Die neue Beamtenbeholdung in Preußen

Berlin, 23. Sept. Das preußische Finanzministerium und das preußische Kultusministerium haben nunmehr die ersten Durchführungsbestimmungen zu der preußischen Notverordnung aufgestellt. In diesen Bestimmungen wird, den Vätern zufolge, die Einkommensgrenze für die Gewährung von Kinderbeihilfen und Kinderzulagen mit Wirkung vom 1. Oktober 1931 von bisher 40 M auf 30 M monatlich festgelegt.

Das Befoldungsdienstalter der am 20. September 1931 im Amte befindlichen planmäßigen Beamten wird sofort um zwei Jahre verkürzt. Die Beamten behalten die Bezüge der Dienstaltersstufen, nach denen sie im September 1930 bezollet waren, bis sie nach ihrem neu festgelegten Befoldungsdienstalter in eine höhere Dienstaltersstufe aufrücken.

Die Berliner Nazikrawalle

Schlußvernehmung und Urteil

Berlin, 22. Sept. Im Landfriedensbruchprozeß wegen der Kurfürstendammkrawalle gegen die 34 Nationalsozialisten vor dem Schnellstrafgericht Charlottenburg wurde heute die Vernehmung des Angeklagten Graf Hellborn abgeschlossen. Die SA-Führer Graf Hellborn und Ernst, die sich nach ihrer Selbstentlassung in polizeilichem Gewahrsam befinden, wurden vorgeführt und als Zeugen vernommen.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schmidt, erwiderte die Anklagen zu Beginn der Vernehmung jede Begründung der SA-Führer zu unterlassen, widrigenfalls er wegen Ungebühr und Ungehorsam vor Gericht Strafen verhängen werde. Der Stabsführer der SA, Kaufmann Ernst, wurde aus der Hofi vorgeführt und als Zeuge vernommen. Der Vorsitzende legte ihm die Frage vor, welchem Zwecke die Autofahrt gedient habe, die er zusammen mit Graf Hellborn und dem beiden Angeklagten Kühns und Gewehr am Kurfürstendamm unternommen habe. Der Zeuge erklärte, daß es sich lediglich um eine der üblichen „Dienstfahrten“ zur Besichtigung von Sturmlokalen und Parteibeiräten abhandelt habe. Man sei zum Kurfürstendamm gefahren, um festzustellen, was dort los sei. Von den Zusammenstößen habe er nichts gesehen, daß 15 junge Leute vor der Hofi ausstiegen. Der Zeuge bestritt, das Dr. Goebels an jenem Abend am Kurfürstendamm gewesen sei. Wegen des Verdachtes der Mittäterschaft wurde der Zeuge nicht verurteilt. Hierauf wurde der „Draht“ Graf Hellborn vorgeführt, der im Besonderen die gleichen Befundungen machte wie Ernst. Auf den Einwand des Vorsitzenden, daß doch die erwerbslosen SA-Mitglieder unter Aufwendung von Fahrzeugen beispielsweise aus Lantwit und Karlsdorf nach dem Kurfürstendamm gefahren seien, erklärte der Zeuge, daß bei jedem Sturm eine Sturmstaffel bestehe und daß sich die SA-Leute möglicherweise das Geld geliehen hätten. Zum Schluß gab es eine längere Erörterung über die anamnestische Einstellung der SA, die Graf Hellborn bestritt. Auch Graf Hellborn blieb unverteidigt.

Der Prozeß gegen Ernst und Graf Hellborn geht gelondert vor sich. Berlin, 23. Sept. (Funkdienst.) In dem Berliner Kurfürstendamm-Prozeß fällt das Schnellstrafgericht in der Nacht zum Mittwoch um 1/4 Uhr das Urteil.

Das Strafverfahren gegen den Stahlhelmführer Ingenieur Brandt, der der Adelsführerschaft angeklagt war, trennte das Gericht unter Aufrechterhaltung des Haftbefehls ab. Brandts Straftat soll aus Gründen der resillos Klärung im ordentlichen Gerichtsverfahren abgeurteilt werden. Von den noch verbleibenden 33 Angeklagten wurden sechs freigesprochen. Die übrigen zu Gefängnisstrafen von neun Monaten bis einem Jahr neun Monaten verurteilt. Die Höchststrafe von einunddreißig Jahren Gefängnis erhielt der Nazizeitungshändler Meede, der sich eines besonders heimtückischen Uebertats auf einen abnungslosen Passanten schuldig gemacht hat. Der Chauffeur Kühns, der das Auto des Führers gelenkt hatte, erhielt wegen Beihilfe zu seinem Landfriedensbruch ein und ein halbes Jahr Gefängnis. Der Kaufmann Schubert, der einen bei ihm gefundenes Schlagring aus „reiner Kaufleutenhaft“ erstanden haben wollte, erhielt ein und ein halbes Jahr Gefängnis. Soweit kein Freispruch erfolgte, wurden sämtliche Haftbefehle aufrecht erhalten. Strafaussetzung erfolgt vorerst nicht.

In der Begründung seines Urteils stellt das Gericht als Tatsache fest, daß die Aktion am Kurfürstendamm planmäßig organisiert war. Am Schluß der Begründung heißt es: „Zumal dieser Art schädigen Deutschlands Ansehen aus schwerste. Sie sind imstande all das zu vernichten, was bei uns an Werten noch übrig geblieben ist. Wenn es eine politische Partei unternommen hat, die „Winteraktion“ mit Gewalttätigkeiten zu eröffnen, so sind die Gerichte verpflichtet, ihr mit Strafen zu antworten, die kein Kinderpiel sind.“

Die Angeklagten nahmen das Urteil zum Teil lachend auf.

Englands Finanzkrise

Preisereiberei und Kapitalflucht

Wiedereröffnung der englischen Börsen

London, 22. Sept. (Eig. Draht.) Der Börsenvorstand hat für Mittwoch die Wiedereröffnung der Londoner und der englischen Provinzbörsen beschlossen.

Dieser Beschluß kommt überraschend, da man noch am Dienstag damit gerechnet hatte, daß die Börsen die ganze Woche über geschlossen bleiben würden. Ebenso überraschend ist die Maßnahme des Schatzamtes, die den Ankauf von Devisen außer zu den üblichen Handelszwecken verbietet. Man hatte gehofft, sich derartige Zwangsmaßnahmen sparen zu können, wenn sich auch die Regierung die Vollmacht zu ihnen hatte geben lassen. Es hat sich jedoch gezeigt, was offiziell nicht zugegeben wird, daß die Kapitalflucht bereits eingeleitet hat.

Man muß auch damit rechnen, daß die Regierung Maßnahmen gegen die Preisereiberei wird ergreifen müssen. Die englischen Eisenbahngesellschaften, die Linien nach dem Kontinent betreiben, kündigten bereits für Mittwoch eine Preissteigerung an, die teilweise bis zu 20 Prozent geht. Begründet wird dieses Vorgehen, das man zum mindesten als überflüssig bezeichnen muß, mit dem Schwanen des Pfundkurses. Da die Eisenbahngesellschaften ein geradezu vorbildliches Ansehen in England genießen, muß man befürchten, daß ihr schlechtes Beispiel auf alle Zweige des Handels wirken wird, die in mehr oder minder berechtigter Weise auf ihre Abhängigkeit hinweisen können. Das zeigt, daß die Aufhebung des Goldstandards doch nicht so ruhig und freudig hingenommen wird, wie man es erwartet hat.

London, 22. Sept. Wie amtlich mitgeteilt wird, leidet Ministerpräsident MacDonald an den Folgen von Ueberarbeitung. Auf ärztliches Anraten wird er London heute abend verlassen und einige Tage auf dem Lande verbringen.

London, 22. Sept. Während der Abwesenheit Macdonalds wird Baldwin den Ministerpräsidenten vertreten.

Das fallende Pfund

In Amsterdam war das Pfund sehr gedrückt. Nach einem Glanzen von 12,83 Gulden zum Pfunde am Samstag war am Montag der Pfundkurs bis auf 11 Gulden gesunken und erreichte heute früh einen Tiefstand von 10,5 Gulden. Englische Staatspapiere und Wechsel auf London waren heute so gut wie unverkäuflich, da man zu einer einheitlichen Kursnotierung nicht gelangen konnte. Selbst zu einem Kurse von 10 Gulden für das Pfund Sterling kamen keine Abschlüsse zustande. Es wiederholten sich heute die gleichen Vorgänge an der Amsterdamer Börse, wie man sie bei Ausbruch der deutschen Finanzkrise beobachten konnte.

Arbeitsmarktlage im Reich unverändert

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für 1. bis 15. September hat sich die Lage des Arbeitsmarkts in der ersten Hälfte des September unanfällig in leichter Weise entwickelt wie in der vorhergehenden Berichtszeit. Während in der Zeit zwischen 15. und 31. August die Zahl der Arbeitslosen nach den endgültigen Meldungen der Arbeitsämter um rund 111 000 zugenommen hatte, fiel sie bis zum letzten Stichtag, dem 15. September, um rund 100 000 und erreichte damit einen Stand von rund 4 324 000. Seit der anfangs Juli einsetzenden Berichtszeitung hat die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr kaum schneller, nämlich um rund 371 000, zugenommen, als im Vorjahre (anfangs Juli bis Mitte September um rund 342 000), wobei jedoch nicht übersehen werden darf, daß der Ausgangspunkt in diesem Jahre um rund 1,3 Millionen höher liegt, als im Vorjahre. Die Belastung der von der Reichsanstalt verwalteten Unterfüllungseinrichtungen hat zusammen um rund 70 000 Hauptunterstützungsempfänger zugenommen und ist nach den vorläufigen Zählungen der Arbeitsämter in der Arbeitslosenversicherung auf rund 1 324 000, in der Kriensfürsorge auf rund 1 122 000 gestiegen.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt der einzelnen Bezirke und der Berufsgruppen war während der Berichtszeit nicht einheitlich. In der Bauwirtschaft wirkten klimatische Verhältnisse, in mehreren Industrien, saisonmäßige Einflüsse in verschiedenem Sinne auf die Entwicklung ein.

In Paris haben sich die Kursnotierungen nicht wesentlich verändert. Die französischen Banken haben sich wegen der Unsicherheit der weiteren Entwicklung aber abgewandt, englische Pfundnoten einzuzuwählen. So kamen in Boulogne etwa 1000 englische Reisende in mehreren Gesellschaften über den Kanal und konnten an den Bankfilialen ihre Pfunde nicht gegen Franken eingewechselt erhalten. Die französischen Kaufleute, Warenhändler und Hoteliers nahmen die Gelegenheit wahr und wechselten den Engländern die Pfunde zum Kurs von 160 Franken (1) je Pfund (Goldparität 126) ein.

In London selbst wurde das Pfund zum Dollar mit 4,16 notiert, was einem Kursabschlag gegenüber der Goldparität von rund 15 Prozent entspricht. In New Yorker Kreisen ist man sich wohl der direkten Folgen des Kurssturzes für die Vereinigten Staaten bewußt, da die amerikanischen Anlagen in England sich auf einen Wert von 800 Millionen Mark und die amerikanischen Einlagen bei englischen Banken auf einen Wert von etwa 2 Milliarden Mark stellen. Die amerikanische Presse weist nachdrücklich darauf hin, daß die Zahlung der britischen Kriegsschulden durch den Pfundsturz nicht in Mitleidenschaft gezogen wird, da diese Schulden auf Gold basiert sind.

Die deutschen Börsen

Dienstag und Mittwoch geschlossen

Berlin, 22. Sept. Die deutschen Börsen Berlin, Köln, Frankfurt, Hamburg, München und Düsseldorf bleiben heute und morgen geschlossen.

Ebenso bleiben auch die Börsen Basel, Zürich, Stockholm usw. geschlossen.

W.B. Kopenhagen, 22. Sept. Nach einer heute erlassenen Bestimmung des Justizministeriums ist ab heute bis auf weiteres die Ausfuhr von gemünztem Gold oder Gold in Barren aus Dänemark verboten.

W.B. Weisfel, 22. Sept. Die Börsen werden morgen für die Termingeschäfte geöffnet werden mit den gleichen Beschränkungen wie für den Kassaverkehr.

Prag, 22. Sept. Der engere Ausschuß der tschechischen Nationalbank hat die Erhöhung des Diskontsatzes für Wechsel und Wertpapiere auf 6 1/2 Prozent, des Lombardzinses für Staatspapiere auf 7 Prozent und der anderen Papiere auf 7 1/2 Prozent beschlossen.

Die fallenden Aktienkurse

Der Aktienindex vom 14. bis 19. September 1931

Der vom Stat. Reichsamt errechnete Aktienindex (1924=100) stellt sich für die Woche vom 14. bis 19. September 1931 auf 55,07 gegen früher 58,51 in der Vormode, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 47,54 (61,80), Gruppe bearbeitende Industrie auf 48,59 (51,34) und Gruppe Handel und Verkehr auf 73,08 (76,81).

Entlassungen auch bei der deutschen Reichspost

Wie das Nachrichtenbüro des R.D.P. erklärt, zwingt im Betriebe der Deutschen Reichspost die Abnahme des Verkehrs auch zu einer gewissen Verminderung der Arbeitskräfte. Um Postbesitzer und Postbesitzerinnen, die oft Erwärter ganzer Familien sind, möglichst lange zu halten, ist die Deutsche Reichspost dazu übergegangen, solchen verheirateten Beamten, die auf Kündigung angelegt waren, zu kündigen, wenn sie durch ihre Verheiratung verzögert sind. Dabei wird selbstverständlich von der Entlassung nur Gebrauch gemacht, wenn die Existenz des Ehepartners eine ausreichende Einnahme bietet.

Keine Einberufung des preussischen Landtags

Berlin, 22. Sept. Der Reichstagsrat des Preussischen Landtags lehnte heute den kommunalistischen Antrag auf Einberufung des Landtags mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die gesamte Opposition ab.

Die Bilanz der Reichspost

Die Entwicklung der Deutschen Reichspost stand, wie aus dem letzten veröffentlichten Geschäftsbericht über das Rechnungsjahr 1930 (1. April 1930 bis 1. März 1931) hervorgeht, stark unter dem Einfluß der allgemeinen Wirtschaftslage.

Freistaat Baden

Die nächste Landtagsitzung

Der Badische Landtag hält am kommenden Donnerstag, 24. September, vormittags 9 Uhr, seine nächste Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen die Sparvorläge zum Justizministerium, Staatsministerium, Ministerium des Innern und zum Finanzministerium. Wie wir hören, hofft der Landtag, die Arbeiten der gegenwärtigen Sitzungsperiode bis zum Ende der Woche zum Abschluß bringen zu können. Der neue Sitzungsabschnitt dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach Anfang November beginnen.

Verbot von Umzügen und Verjammungen unter freiem Himmel verlängert

Der Minister des Innern hat sich wegen der gegenwärtigen Verhältnisse nach einer heute erschienenen Bekanntmachung veranlaßt gesehen, das am 3. Juli 1931 erlassene, bis 30. September 1931 befristete Verbot von Anzählungen und Verjammungen unter freiem Himmel (Propagandafahrten, Umzüge und Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen) bis einschließlich 31. März 1932 zu verlängern. Veranstaltungen gesellschaftlicher, rein sportlicher oder kirchlicher Art, soweit sie harmlos und ohne besonderen politischen Charakter sind, werden durch diese Anordnung nicht betroffen; sie sind aber unter den Voraussetzungen des § 1 der Verordnung vom 28. März 1931 anmeldepflichtig.

Wie ein Naziabgeordneter Straßenbahn-fahrtgeld spart

Die Volkstimme in Mannheim berichtet: Vergangene Woche gab es den Mannheimer nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Herbert Kraft, der hier das Amt eines Mittelschullehrers verübt, im Landtag lebhaft Auseinandersetzungen. Herr Kraft hatte sich nämlich bei seiner Beratung von Vorabend nach Mannheim vor etwa zwei Jahren vom armen Badischen Staat einen ganz erheblichen Betrag für Umzugskosten erspart. Einen erheblichen Teil dieser Summe hat Herr Kraft auch bekommen. Jedoch nicht alles. Denn schließlich ist die Staatskasse nicht dazu da, einem nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten und Professor Lehrstuhls, Badeeinrichtung, Sockelentwurf usw. zu bezahlen. Am Samstag waren die Auseinandersetzungen um Herrn Kraft in allen Zeitungen zu lesen. Sie wurden mit Interesse verfolgt. Bisher es doch einem der nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten, von der Landtagsabteilung herab in die gleiche Sache zu sprechen, die eigenen Interessen also vor die des Gesamtvolkes zu stellen. Ein Komu, das im Landtag unerschrocken den Herd der Demokratie hervorrief, da der Veranlasser ja einer Partei angehört, für die der ganze Parlamentarismus den Anberiff der Korruption darstellt.

Der so verschwiegenheit der Herr Abgeordnete beim Umgang mit Staatsgeldern sein kann, so sparsam ist er, wenn es um seine eigenen Taschen geht. Folgendes geradezu köstliche Erlebnis wird zum Beweis mitgeteilt:

Am Samstag gegen 13 Uhr 7 Minuten stieg Herr Landtagsabgeordneter Kraft am Strohmarkt in die nach Richtung Wasserwerk-Bahnhof-Waldpark fahrende Linie 1 der Elektrischen ein. Wie jeder pflichtbewusste Straßenbahnfahrer, der um die Not unserer Südbadischen Straßenbahn weiß, griff Herr Herbert Kraft in seinen Geldbeutel und nahm zwanzig Pfennig heraus. Der Schaffner kommt, faßt, aber Herr Kraft schaut interessiert zur Tür hinaus, an die er sich anlehnt, nimmt den Schaffnerplatz ein und na, sagen wir einmal — vergißt, dem Schaffner die zwanzig

Pfennig zu überreichen und sich einen Fahrchein zu lösen. Der Schaffner fragt öfters, ob alle Fahrgäste sich einen Schein gelöst haben. Niemand rührt sich mehr. Auch Herr Kraft nicht. Der Schaffner fragt wieder, nachdem die Haltestelle Wasserwerk passiert war. Herr Kraft schaut immer noch unerwandelt zur Tür hinaus. Am Lattenaal steigt Herr Schwarzfahrer aus. Einen Fahrchein hatte er nicht gelöst. Quer überkreuzt er den Lattenaalplatz. Auf der anderen Seite, vorm Hotel „Central“ sieht der sparsame Fahrgast Kraft plötzlich sein Portemonnaie aus der hinteren Hosentasche und verleiht dem schwachbrüstigen Geldbeutel die erparten zwanzig Pfennig wieder ein. Herr Kraft verschwindet dann im Saale Kaiserweg 26.

Unter aufmerksamer Beobachtung machte sofort den Schaffner auf diesen kleinen Schwindel eines Großen im Reiche der Hakenkreuzer aufmerksam. Der Schaffner stellt entrüstete Betrachtungen über die Verbordnenheit so „seiner Herren“ an, unser Beobachter aber freut sich — warum sollen wir nicht lachen — geradezu lächelnd über diesen Zufall, der ihn mit einem so sparsamen Mann auf der hinteren Plattform der Straßenbahn zusammengeführt hat.

Wir geben das an sich belanglose, durch die Bedeutung der damit vermeintlichen Person aber beachtenswerte Erlebnis der Öffentlichkeit bekannt, weil es immerhin eine diesbezügliche Ergänzung der Landtagsdebatten um Herrn Herbert Kraft darstellt.

Ob Herr Kraft auf diese Art die „sozialdemokratische Bonzenwirtschaft“ in der Mannheimer Stadtverwaltung schädigen oder eine neue Form des viel geforderten Kurzstreckentaris einführen wollte, er selbst beantwortet.

Spargutachten über Innenministerium im Haushaltsauschuß

Aus dem Haushaltsauschuß des Badischen Landtages schreibt man uns:

Der Haushaltsauschuß führte am 22. ds. Mts. die Beratung des Spargutachtens über das Innenministerium zu Ende. Soweit die Vor schläge, Einparungen auf dem Gebiet des Polizeiwesens und der Gendarmerie, des Arbeitshauses und der Gesundheitspflege durch die Bezirksärzte betrafen, wurde der Entschluß des Staatsministeriums zugestimmt. Nicht nur die Sparkommission, sondern auch weite Kreise der Bevölkerung nahmen Anstoß an den überhöhten Entlohnungen der Bezirksärzte aus ihrem Gebührenbezug und aus der Privatpraxis. Das Ministerium ist nunmehr angewiesen, eine Regelung zu Gunsten der Staatskasse zu treffen.

Die Ausführungen des Berichterstatters Abg. Anshaus (Soz.) über die Heil- und Pflegeanstalten waren sehr ausführlich. In sehr eingehender Weise konnte er darzulegen, daß die Sparkommission mit ihrem Vorschlag mit den württembergischen Anstalten daneben gebaut hat. In Baden haben wir das Heil- und Pflegepersonal und Sanitätsdienst, das einen größeren Aufwand an Pflegepersonal erfordert. In Baden sind aber auch 900 Kranke mehr wie in Württemberg untergebracht. Die badischen Anstalten sind mit 83,6 Prozent, die württembergischen, die hauptsächlich Bewahranstalten sind, mit 6,1 Prozent überbelegt. Er kam zu dem Schluß, daß die von der Sparkommission gestellten Anträge auf Abbau von 237 Bediensteten nicht befolgt werden können, weil diese Zahl nach den geschätzten Verhältnissen zu hoch ist. Vom Vorhandensein des Ausschusses sowie von einem Zentrumsredner und auch vom Minister des Innern wurden die Darlegungen des Berichterstatters als sehr beachtenswert anerkannt. Letzterer führte aus, daß die Zahl der abzubauenen Pfleger bedeutend ermäßigt und in anderer Weise vermindert werden, die gestellte Jahresersparnis zu erzielen. Ein sozialdemokratischer Redner wünschte, daß die Einparungen von Pflegestellen möglichst schmerzlos geschehe, insbesondere, daß durch Personierung frei gemordete Stellen nicht mehr besetzt würden, daß hauptsächlich sachliche Einparungen gemacht werden. Das Staatsministerium hat auch eine Ueberprüfung des Wirtschafts-

wandes der einzelnen Anstalten zugefagt. Der Entschluß des Berichterstatters wurde zugestimmt.

Die Sparvorläge über die Badeanstalten wurden in der Richtung unterstützt, daß eine wirtschaftliche Selbsterhaltung angestrebt wird. Eine Veranschlagung der Badeanstalten wird zunächst grundsätzlich abgelehnt. Unter der Ungunst der Wirtschaftslage haben auch diese Staatseinrichtungen schwer zu leiden. Dies ergibt sich aus dem Einnahmerückgang. Gleichwohl war die Auffassung vertreten, daß alles versucht werden müsse, um die Anstalten zu erhalten, besonders trat ein sozialdemokratischer Redner energisch dafür ein, weil gerade die Stadt Baden-Baden so große Aufwendungen zur Gewinnung eines freundlichen Stadtbildes gemacht habe, die Badeanstalten dabeist auf im Stande und den Anforderungen voll und ganz gewachsen sind.

Die Sparkommission hat auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft einige durchgreifende Vorschläge gemacht. Vom Berichterstatter, Abg. Schill (Ztr.) wurde gefordert, daß die Stellen der Viehzuchtinspektoren erhalten bleiben und jene in Radolfzell bald besetzt werde. Der Minister sagte zu, sich in letzter Richtung dafür einzusetzen, ferner werde er bezüglich der Nebeneinkommen der Tierärzte die gleiche Behandlung einschlagen wie bei den Bezirksärzten. Dann wandte sich der Berichterstatter gegen den Vorwurf, als ob die Verwaltung der Landwirtschaftskammer aufgebläht sei und regte an, die Förderung der Landwirtschaftspflege organisatorisch von Grund aus neu aufzubauen, um ein nebeneinander und ein gegeneinander zu vermeiden. Letzterer Vorschlag, für welchen sich ein Zentrumsredner stark einsetzte, konnte in diesem Umfang heute nicht akzeptiert werden. Mit Recht konnte ein sozialdemokratischer Redner bemerken, daß wenn die ganze Landwirtschaftspflege in Baden an die Landwirtschaftskammer überginge, auch die Verbraucher-Interessen gewahrt werden müßten, das bedingte einen Neuaufbau der Landwirtschaftskammer. Die Reorganisation der Landwirtschaftskammer könne ohne Schaden für die Landwirtschaft abgebaut werden. Der Herabsetzung des Staatsbeitrages von 50 000 auf 25 000 Mark wurde zugestimmt.

Die Regierung beabsichtigt, die landwirtschaftlichen Lehrbetriebe Hochburg und Auhausenberg der Landwirtschaftskammer zu überlassen; am Aufwand für die landwirtschaftlichen Haushaltungsschulen und für die Rindvieh- und Pferdesucht durch Abtriche zu sparen. Der Ausschuß war damit einverstanden, daß das gewerbliche und kaufmännische Schulwesen bei dem Unterrichtsministerium verbleibt, dagegen sollen die Aufgaben des Oberrechnungsamtes vom Landesgewerbeamt übernommen werden. Eine Erhöhung der Einschulgebühren wurde in Uebereinstimmung mit dem Staatsministerium abgelehnt. Ferner wurde begrüßt, daß die statistischen Feststellungen eingeschränkt werden.

Die Sparkommission hat noch besondere Vorschläge zur Geschäftsvereinfachung gemacht, die hauptsächlich das Gebiet der Reform des Bürobetriebes, der Uebertragung der Verwaltungstätigkeit von oben nach unten und in Einschränkung des Besoldungsbereichs liegen. Diesen Vorschlägen der Sparkommission hat der Berichterstatter (Abg. Heib Soz.) eigene Vorschläge auf demselben Gebiet im Ausschuß vorgebracht, die angenommen worden sind. Sodann wurde in die Beratung des Spargutachtens über das Finanzministerium eingetreten, worüber zunächst Abg. Seubert (Ztr.) berichtete. Einleitend hob er die Verschiedenartigkeit der Geschäftskreise zwischen dem badischen und württembergischen Finanzministerium hervor. Der Finanzminister ging auf die unterschiedliche Gestaltung zwischen der badischen, preussischen und württembergischen Befolungsordnung ein. Die Stellensulagen bei der badischen Befolungsordnung bilden Erlos für besondere Befolungsgruppen.

Warum Mussolini nach Berlin ablag

Der Duce traut sich nicht außer Landes

Dem nationalsozialistischen Führer ist das Schwimdeln bereits dermaßen ins Blut übergegangen, daß er nicht anders kann, selbst wenn die Wahrheit sinnfällig klar ist. Unter der Ueberschrift „Wie Mussolini nach Berlin ablag“ veröffentlicht er die Mitteilung, daß Mussolini vom Besuch in Berlin absehen werde, mit einem Heftkommentar gegen die Sozialdemokratie und gegen die Außenpolitik des Deutschen Reiches, der er zum Vorwurf macht, daß der französische Besuch in Berlin Herrn Mussolini nicht behage, so daß hieraus die Abgabe abzuleiten wäre. In Wirklichkeit liegen die Dinge jedoch ganz anders, und wir sind ausnahmsweise gezwungen, den an nationalsozialistischer Verheugung den Nationalsozialisten nicht allzusehr nachstehenden Berliner M. Mitarbeiter der Badischen Presse zu zitieren, der unter der Ueberschrift „Mussolini will nicht außer Landes“ folgenden von der nationalsozialistischen Erklärung stark abweichenden Kommentar gibt:

m. Berlin, 18. Sept. (Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Für Anfang Oktober ist nun der italienische Gegenbesuch in Berlin in Aussicht genommen. Nach den letzten Nachrichten ist es aber zweifelhaft, ob Mussolini selbst kommt oder sich damit begnügt, Herrn Grandi zu schicken. Er hat zwar die Einladung des Kanzlers damals in Rom mit großer Herzlichkeit angenommen und ganz bestimmt zugesagt, daß er selbst davon Gebrauch machen würde, obwohl er bisher niemals italienischen Boden verlassen hat. Es scheint aber doch, als ob in seiner Umgebung Sorge für seine persönliche Sicherheit außerhalb Italiens besteht und daß ihm deswegen von seinen Freunden nahegelegt worden ist, lieber in Rom zu bleiben. Man kann deshalb kaum mehr damit rechnen, daß er selbst kommt, wofür vermutlich dann der Ausweg gewählt wird, daß er durch dringende innerpolitische Aufgaben zurückgehalten wäre und infolgedessen Herrn Grandi mit seiner Vertretung beauftragt.

Danach sind also ganz und gar nicht irgendwelche große außenpolitische Transaktionen daran schuld, daß Herr Mussolini nicht nach Berlin will, sondern es ist einfach die pure Angst vor Attentaten oder der Ueberraschung in seinem eigenen Lande während seiner Abwesenheit, die den „allmächtigen“ Diktator Italiens veranlassen, davon abzusehen, sich außer Landes zu begeben und er schiebt daher innerpolitische Aufgaben als Vorwand vor. Allerdings dem nationalsozialistischen Führer ist es unmöglich, seinen Lesern die Wahrheit zu sagen, da er sonst eingesehen müßte, auf wie hohlen Füßen die italienische Diktatur des Herrn Mussolini ruht, wie wenig beliebt das allmächtige Vorbild Hitlers sowohl außerhalb wie innerhalb Italiens ist, und wie sehr das große Vorbild Hitlers in täglicher Angst vor Attentaten seiner ins Ausland geflüchteten Landsleute lebt.

Der chinesisch-japanische Konflikt vor dem Völkerbundsrat

Völkerbund will vermitteln

Genf, 22. Sept. Zahlreiches Publikum und eine große Menge Pressevertreter hatten sich heute vormittags zu den Verhandlungen des Völkerbundsrates über den chinesisch-japanischen Konflikt eingefunden, der durch China auf Grund des Artikels 11 des Völkerbundsstatutes dem Rat vorgelegt wurde.

Der Vertreter Chinas, Sie (Gesandter in London), der sofort des Wortes erhebt, schilderte anhand der neuesten Telegramme die jüngsten Ereignisse in der Mandchurie und erklärte, daß von der Eskalation ein Gebiet von der Größe Großbritanniens und Irland betroffen sei. Er schloß mit der Antündigung, China werde ebenfalls unter Verletzung auf andere Artikel als Artikel 11 des Statutes weitere Anträge beim Rat stellen.

Nach Sie sprach sodann der Vertreter Japans im Rat, der Gesandte in London, Watsjima, der beantragte, die Verhandlung auf die nächste Sitzung des Völkerbundsrates zu verschieben, da er ungenügend informiert sei und daher heute noch nicht zu dem Fall Stellung nehmen könne.

Der japanische Delegierte, Wajisawa, gab die Erklärung ab, daß die japanische Regierung ihre Truppenkommandanten angewiesen habe, alles zu unterlassen, was den Konflikt verschärfen könnte. Japan wolle keinen Krieg gegen China führen und würde auch den Vorschlag auf Eröffnung direkter Verhandlungen zwischen beiden Ländern sehr begrüßen.

Der chinesische Delegierte erklärte in seiner Replik, was die von dem japanischen Vertreter angezwungene Richtigkeit der von China behaupteten Tatsachen betreffe, so sei China bereit, die Untersuchung einer Kommission des Völkerbunds zu überlassen.

Schließlich wurde der gegenwärtige Vizepräsident Lortoux zu folgender Sandlung ermächtigt: 1. Es wird eine dringende Aufforderung an beide Regierungen gerichtet, sich jeder Handlung zu enthalten, die eine Verschärfung der Lage herbeiführen oder die friedliche Regelung der Fragen präjudizieren könnten. 2. Es soll zusammen mit dem chinesischen und japanischen Vertreter nach allen Mitteln gesucht werden, die den beiden Ländern erlaubten müssen, ihre Truppen zurückzuziehen, ohne daß die Sicher-

zung des Lebens ihrer Landsleute und der Schutz ihres Eigentums gefährdet wird.

Weiterer japanischer Vormarsch

Tschang-shüan, 22. Sept. Die japanischen Divisionstruppen setzten ihren Vormarsch in die nördliche Mandchurie weiter fort. Die Bahnlinie nach Tschan, die von der Hauptstraße der mandchurischen Bahn bei Siping abweicht und durch die östliche Wüste Gobi führt, ist von starken japanischen Detachements besetzt worden. Damit ist der ganze Norden der Provinz Fengtien in den Händen der Okkupationsarmee.

Tokio, 22. Sept. (Europadroh.) Zwischen japanischen und chinesischen Truppen sind nach den letzten hier eingetroffenen Berichten neue Kämpfe um den russischen Vorort Bettawina ausgebrochen.

Was macht Rußland?

Moskau, 22. Sept. (Eigenbericht.) Der russische Kriegsminister Woroschiloff ist nach dem fernem Osten abgereist. Die japanischen und chinesischen Vorkämpfer in Moskau wurden von der Sowjetregierung verständigt, daß die Sowjetregierung dem gegenwärtigen Konflikt der beiden Länder nicht unbeteiligt gegenüberstehen könne.

Erklärungen des japanischen Vorkämpfers in Washington

Washington, 22. Sept. Der japanische Vorkämpfer Debubbi hatte heute eine längere Unterredung mit Staatssekretär Stimson über die Lage in der Mandchurie. Er erklärte, daß Japan die Mandchurie als integralen Teil Chinas betrachte. Die japanische Regierung bemühe sich, die Zwischenfälle möglichst zu lokalisieren. Es handle sich um bedauerliche Zusammenstöße der Truppen, nicht aber um eine von der japanischen Regierung angeordnete militärische Aktion.

Genfer Aussprache über eine Rüstungspause

Genf, 22. Sept. Der Abrüstungsausschuß des Völkerbundsversammlungs hat heute nachmittags in Anwesenheit des amerikanischen Gesandten Wilson und der Vertreter Rumänien und der Türkei die allgemeine Aussprache über die italienische Anregung bzw. den daraus hervorgegangenen Antrag der fünf Staaten über eine Rüstungspause fortgesetzt.

IN BERLIN kann man jetzt Stoffe direkt von der Fabrik kaufen BALD AUCH IN KARLSRUHE

Gewerkschaftliches

Die Transportarbeiterinternationale hat im Jahre 1930 ihre Mitgliederzahl um 100 000 gesteigert. Damit kam die Internationale auf 2,37 Millionen Mitglieder. Davon entfallen 1,35 Millionen auf die Eisenbahner, 200 000 auf die Seefahrer und 820 000 auf sonstige Transportarbeiter. Unter dem Aufsichtspersonal zählt die Internationale in Deutschland 566 Mitglieder und in Belgien 51 Mitglieder. Die Internationale umfaßt die ganze Kulturwelt. In den Diktaturländern, die die Gewerkschaftsbewegung verbieten, wird Führung aufrecht erhalten. In letzter Zeit konnten Australien, Neuseeland und Südamerika in das Arbeitsgebiet der Transportarbeiterinternationale einbezogen werden.

Die Verhandlungen im Ruhrbergbau auf unbestimmte Zeit vertagt. Wie vom Schlichter für Westfalen mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Ruhrbergbau, die auf Dienstag mittag 12 Uhr angesetzt waren, bis auf weiteres vertagt worden.

„Panzerkreuzerbonze heult!“

Diese „wunderbare“ Ueberschrift soll auf einen Gewerkschaftssekretär und Sozialdemokraten passen! Und wer schreibt das? Ein Plattner, der in einer öffentlichen Kreisversammlung Pathologie betitelt wurde, im Führer, dem Blättchen ohne Abonnenten. Ausgerechnet ein Nazi, dessen Partei nur von abgedankten Generälen und Offizieren, den schlimmsten Rüstungsrichtern und früheren Leutnants geführt wird, nennt Sozialdemokraten Panzerkreuzerbonzen. Bei einem Plattner allerdings, in dessen Partei Heuchel Trumpf ist, nimmt einem nicht mehr Wunder. Bonze nennt Plattner einen Gewerkschaftssekretär; dabei ist weitbekannt, daß in der NSDAP die Bonzenwirtschaft zum Himmel schreit. Warum hat die NSDAP im Reichstag unter Führung des latissim bekannten Diäten schluders Strenger gegen die Kürzung der hohen Pensionen gestimmt und damit diesen Antrag so fall gebracht? Ihr Schlichter hat es nur deshalb getan, weil Eure Bonzen durch diese Kürzung allein betroffen worden wären, neben Euren „Ehrenmitgliedern“. Schaltet deshalb, Ihr Bonzen, Euren „Ehrentitel“ ruhig für Euch, und den Panzerkreuzerbonzen erst recht, denn sonst wäre ja auch Euer ständiges Geheul „Streich wollen wir Frankreich schlagen“, ebenfalls wie alles andere an Euch Heuchel. Oder wollt Ihr Frankreich mit Euren großen Maul schlagen?

Ueber die zoologischen Kenntnisse eines Plattner waren wir nie im Zweifel, denn warum soll man sich in seinen eigenen Kreisen auskennen? Ob Ohje, Gel, Hüner oder Möpse für Nasobonzen zutreffender ist, wissen wir nicht. Dieses zu beurteilen überlassen wir dem Spezialisten B. Nun schreibt er, wir sollen den Beweis, wann und wo die 75 nebelhaften Betriebszellen Schmiergelber von den Unternehmern erhalten haben, erbringen. O, Ihr Heuchler! Wollt Ihr denn bestritten, daß Eure Partei überhaupt nur lebensfähig ist durch die Schmiergelber und Subventionen der Unternehmer. Ob diese Gelder von rheinischen Schwerindustrie, sächsischen oder hamburger Unternehmerverbänden oder Bankdirektoren kommen, ist Euch gleichgültig. Bei Euch gilt der Grundsatz „Geld stinkt nicht“. Sollen wir noch deutlicher werden? Wir glauben, es genügt. Eines aber glauben wir aber aufs Wort: Eure angeblichen 75 Betriebszellen haben keine Schmiergelber erhalten; denn was nur im Hirn eines Pathologen existiert, kann nicht geschmiert werden. Dies haben wir nie behauptet.

Nun schreibt B. er, V. habe bei seinem Umgang mit Bonzen öfter festgestellt können, das unter ihnen sehr viel Pathologen seien. Bravo, das glauben wir. In seiner näheren und weiteren Umgebung gibt es Duzende dieser Exemplare, die nicht bloß auf der Sub sondern besser in der Hienau oder Donaueingängen untergebracht werden müßten.

Nun kommt aber ein brillanter Satz. Es heißt nämlich in dem Artikel, es sei eine Frage, das das Bildchen des „Ammeirinen“ neben Plattner herlich aussehen würde. Wir unterstreichen diesen Satz, erkennen ihn als Wahrheit an und erklären reumütig, daß dieses Bild nicht „herlich“ aussehen würde. Wie konnten wir aber auch so feingläubig sein und das Konterfei eines Plattners als herlich bezeichnen. Das wir erklärten, daß es möglich ist, daß da und dort ein Querulant über Selot füt, der den Nazi nachläuft, hats dem Schreiberling des Nasiblättchens angetan. Ja, ja, die Vorläufer der heutigen Nazis gabs schon in der Vorkriegszeit da und dort. Gelbe wurden sie genannt. Auch sie lebten nur von Schmiergelbern der Unternehmer und deren Wohlwollen, aber schon damals wandte sich jeder ehrliche Arbeiter und Angehörte mit Ekel von diesem Gescheiß! Und heute ist es kein bisschen anders. Dies ist gut so. Dem V. träumt dann von einem Großbetrieb in Mannheim, wo die Nazis bald triumphierten werden. Viel Glück zu Eurem großen — — — Maul. Was anders habt Ihr noch nie gehabt. So auch laute großmäulige der Schlusatz, daß die Arbeiter und Angestellten bald dem Halbbarren Adolf Hitler nachlaufen werden. Für was haltet Ihr denn diese? Für Schloten? Nein, denn Euch läuft nur der nach, der zu Euch paßt, denn:

Von der Office bis zur Schwelz
trägt jedes Rindviech ein
Betriebsrätezentrale der freien Gewerkschaften.

Aus aller Welt

Fürchterlicher Selbstmord in Stuttgart

Stuttg., 22. Sept. (Eis. Meld.) In Simsbürg bei Kleinmünchen verließ der Wirt Karl Untauf dadurch Selbstmord, daß er eine Sprengstoffpackung in den Mund nahm und zur Entladung brachte. Es gab eine gewaltige Detonation mit großer Rauchentwicklung. Man fand den Unglücklichen dann mit völlig zerstücktem Kopf vor.

15prozentige Preisentzug für Seehäfen

Berlin, 22. Sept. Am 21. September verhandelten die Seehäfenverbände der Ostsee und der Kanalhäfen im Reichsarbeitsministerium über die Senkung der Preise für Seehäfen. Es wurde ein Abkling von 15 v. H. auf die im Reichsabkommen vom 25. Oktober 1927 festgesetzten Preise vereinbart.

Das Bootunglück bei Züsch

Emden, 22. Sept. Nach den bis 12 Uhr vorliegenden Nachrichten sind bei dem Bootunglück bei Züsch fünfzehn Personen, sämtlich Vorkumer Einwohner, ums Leben gekommen. Die beiden Geretteten sind zur Zeit noch nicht vernehmungsfähig, da sie verletzt und völlig erschöpft sind.

Emden, 22. Sept. Nach einer um halb 12 Uhr von der Gemeindevorwaltung Vorkum eingelaufenen Nachricht befanden sich 19 Personen in dem verunglückten Motorboot. Die Gesamtzahl der Geretteten beträgt vier. Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die übrigen fünfzehn Personen ein Opfer der Wellen geworden sind.

Zu dem schweren Bootunglück erfahren wir noch: Auf Züsch fand ein Turnfest statt. Zu diesem Fest hatten sich Vorkumer Inselbewohner mit dem Boot des Vorkumer Wadedirektors Specht von Vorkum nach Züsch eingeschifft. Auf der Rückfahrt benutzten sie die Fahrtrinne des sogenannten Saatsgat, in Fahrwasser, das wegen seiner Gefährlichkeit berüchtigt ist. Hier schlug das Boot voll Wasser und sank.

Niedriggang der Einnahmen aus der Einkommensteuer in Amerika

Die New Yorker Blätter geben bekannt, daß die Einkommensteuereinnahmen vom 1. bis 17. September mit 197 Millionen eine Abnahme um 82 Millionen gegen die gleiche Zeit im Vorjahre aufwiesen.

Reform der Tariflohnstatistik

Endlich etwas mehr Klarheit über die Löhne

Das Statistische Reichsamt ist seit einigen Monaten erfreulicherweise bestrebt, seine Berichterstattung über einige wirtschaftspolitisch besonders wichtige Gebiete zu verbessern. Das erste Ergebnis dieser Bestrebungen liegt nunmehr in Gestalt der reformierten Tariflohnstatistik vor. Verleitet man die Ergebnisse dieser neuen Statistik mit denen der alten, so muß man feststellen, daß eine Reform hier gerade besonders notwendig war, denn die früher ermittelten Lohnsätze erwiesen sich auf der ganzen Linie als zu hoch. Infolgedessen konnte die Reform gerade zu einer Zeit, die lohnpolitisch so bewegt ist, unmöglich länger entbehrt werden.

Die Verbesserung der Tariflohnstatistik ist fast völlig durch Erweiterung der rechnerischen Grundlagen erzielt worden. Zunächst einmal hat man in allen Gewerben, die schon früher erfasst wurden, die Zahl der in die Statistik einbezogenen Orte und damit zugleich die Zahl der einbezogenen Personen erhöht; außerdem hat man eine neue Arbeiterkategorie („Angelehrte“) bei den männlichen Arbeitern hinzugenommen und überall auch die weiblichen Arbeiter erfasst. Darüber hinaus sind 5 Industriezweige nur hinzugekommen. Diese dreifache Erweiterung hat die Statistik so ausgebaut, daß sie nunmehr

ein Drittel aller Arbeiter und Arbeiterinnen erfasst.

Das Statistische Reichsamt ist auch daran gegangen, zwischen Zeit- und Affordlohn zu unterscheiden. Damit ist eine der wichtigsten Fehlerquellen der alten Berechnungsmethode verschwunden. Bei der Darstellung der Reform, die in dem demnächst erscheinenden Vierteljahrsheft zu finden sein wird, werden geordnete Angaben für die Lohnhöhe nach Zeit- und Affordlohn gemacht sein. Das Statistische Reichsamt sollte erwägen, ob es nicht zweckmäßig wäre, hierüber auch bei den monatlichen Angaben geordnet zu berichten.

In Zukunft werden nur noch die Stundenlöhne, nicht mehr die Wochenverdienste angegeben.

Diese Beschränkung ist nur zu begrüßen, da sie von jeher nur zu Unklarheiten und bewussten Fälschungen Anlass gegeben hat. Alles, was bisher gesagt wurde, bezieht sich sowohl auf die Durchschnittslöhne der einzelnen Industrien, als auch auf ihren Gesamt-

durchschnitt. Es sind beträchtliche Unterschreitungen zu verzeichnen, was darauf beruht, daß die einzelnen Industrien bisher sehr verschieden berücksichtigt waren. So war das Baugewerbe bisher nur ganz unzureichend einbezogen, Steinlohnberaubung und chemische Industrie dagegen in durchaus genügendem Maße. Es kam daher auch nicht überraschend, daß die Minderung der Löhne im Baugewerbe ganz besonders groß ergiebt. Während nach der alten Statistik der Durchschnittslohn des Maurers zu Jahresanfang 141,0 Pfennig betrug, stellt er sich nach der neuen Statistik auf nur 125,2 Pfennig. Der Durchschnittslohn der Facharbeiter, der im wesentlichen dem Lohn der Gelehrten in der früheren Statistik entspricht, würde nach der alten Statistik etwa 108 Pfennig betragen haben. Nach der neuen Statistik beläuft er sich dagegen nur auf 102,1 Pfennig. Bei den Angelehrten ist die Differenz allerdings nur ganz gering. An dieser Minderung des Gesamtdurchschnitts sind alle Industriezweige beteiligt, außerdem hat auf sie die Finanznotwendigkeit neuer Industrien mit besonders niedrigen Lohnsätzen Einfluß. Infolge der Lohnabstufung dieses Jahres ist sogar der Facharbeiterlohn unter eine Mark gesunken; er beträgt nur noch 97 Pfennig.

Ein lohnpolitisch besonders wichtiges Nebenergebnis der Reform ist darin zu erblicken, daß die großen Differenzen, die von Industrie zu Industrie bestehen sollten, sich fast völlig verflüchtigt haben. Nach der alten Statistik verdiente beispielsweise am 1. Juli 1930 — um bei einem Termin zu bleiben, der für alle Industrien noch Tariflöhne vorlag — der Maurer 17,1 Pfennig mehr als der Bauer und 17,4 Pfennig mehr als der Tischler; die Differenz zwischen Maurer und Buchdrucker betrug sogar 24,1 Pfennig gegenüber dem Maurer. In der neuen Statistik ist die Differenz auf 4,1 Pfennig geschrumpft. Der Tischlerverdienende ist nicht mehr mehr als 1,5 Pfennig mehr als der Bauer, während der Buchdrucker den Bauer um 1,5 Pfennig übersteigt. Den überaus höchsten Durchschnitt mit 122,0 Pfennig Lohn stellt es um die Löhne der Hilfsarbeiter. Der Reichsarbeitsminister hat also keine Handhabe mehr, die Verbindlichkeitsklärung mit der Begründung abzulehnen, die Löhne seien überhöht.

Kleine badische Chronik

Durch Startfrost getötet

Kandern, 22. Sept. Der 38 Jahre alte Landwirt Jakob Knoll in Feuerbach kam mit einem Motor in Verührung, der Erdschlag hatte. Knoll wurde auf der Stelle getötet. Die 70jährige Mutter trauert um ihren einzigen Sohn und Ernährer.

Selbstmord eines Schweizer Liebespaars.

Waldkirch, 22. Sept. Gestern nachmittags haben sich in dem Nachbarort Kollnau die schweizerischen Staatsangehörigen Arnold Schmidt und Elise Kaiser aus Kollnau (Kanton Bern) wegen unheilbarer Krankheit erhängt. Die beiden 20jährigen jungen Leute wohnten seit einiger Zeit in Kollnau. Der junge Mann war Schneider und vor einigen Jahren in Kollnau tätig. Die beiden wurden ins Krankenhaus nach Waldkirch gebracht.

Großfeuer.

Memmingen (Amt Melsbach), 22. Sept. In der vergangene Nacht gegen 1/2 Uhr brach im Anwesen des Landwirts Philipp Sule Feuer aus, das sich, ehe es von den Bewohnern bemerkt wurde, rasch ausbreitete. In eine Richtung war nicht mehr zu denken. Die Bewohner konnten das Leben mit knapper Not retten. Der Gesamtschaden wird auf 20 000 RM. geschätzt. Man vermutet Brandstiftung.

Tödlicher Autounfall

Donauwiesung, 22. Sept. Vergangene Nacht gegen 1 Uhr verunglückte in der Nähe der Räderstraße bei Lötzingen ein mit vier Personen besetztes Auto infolge zu großer Geschwindigkeit. Der von seinem Beführer, dem Gastwirt Ganzer, geleitete Wagen überfiel sich infolge der Glätte und begrub die Insassen unter sich. Ganzer wurde erdrückt. Den übrigen Mitfahrern gelang es, durch das Untergeht ins Freie zu gelangen. Sie kamen mit relativ geringen Verletzungen davon.

Unterzombach, 22. September. An der scharfen Kurve der Straße nach Unterzombach kam Montag mittag ein Auto ins Schleudern, wodurch der Führer die Steuerung verlor und in den Straßengraben fuhr. Der Wagen überfiel sich, so daß die Insassen mit erheblichen Verletzungen ins Krankenhaus geschafft werden mußten. — Bei der Durchfahrt durch das Dammstör in Bruchsal löste sich das linke Vorderrad eines Personenzuges, so daß dieser gegen ein anderes Auto stieß. Eine Insassin des Wagens erlitt Schnittwunden am Hals. Der Wagen mußte abschleppbar werden.

Freudenberg (bei Wertheim). Der verheiratete Zimmerbauer Müller, Vater von zwei Kindern, ist auf seiner Wauke tödlich verunglückt. Er veriet unter eine Lokomotive und erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod sofort eintrat.

Mannheim. In der Nacht zum 20. ds. Ms. hat eine 50 Jahre alte Ehefrau in der Innenstadt eine größere Menge gifthaltiger Tabletten eingenommen. Im städtischen Krankenhaus ist sie in der folgenden Nacht gestorben. Unheilbares Leiden dürfte den Anlaß zu dem Freitod gegeben haben.

Mannheim. In seiner Wohnung versuchte ein lediger 30 Jahre alter Maler sich mit einem Rasiermesser die Pulsader der linken Hand zu öffnen. Der Lebenswille konnte noch rechtzeitig an seinem Vorhaben gehindert werden. Lebensgefahr besteht nicht. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Mannheim. Ein gewisser Johann Kreher, geboren am 26. Juli 1887 in Stettin, der sich als Geschäftsführer des Evang. Volksdienstes in Durlach ausgab, trieb hier einen raffinierten Unterstützungsbetrug. Er täuschte auch vor, Befehlungen auf Inzerate für den Evang. Volksdienst zu sammeln. Inzwischen ist der Schwindler auch in anderen Städten Kadens und der Pfalz aufgetaucht. Er treibt sich vermutlich mit den Personalien des Kaufmanns Johann Kreher aus Stettin unter falschem Namen herum, ist 40 bis 45 Jahre alt, mittelgroß, unterleht, bartlos, hat kurzes Haar und spricht norddeutschen Dialekt. Sachliche Mitteilungen, die zu seiner Ermittlung bzw. Festnahme führen können, sind an die nächstreichere Sicherheitsbehörde erwünscht.

Worsheim. Auf der Rückkehr von einem Ausflug der Pflanzengruppe des Badischen Schwarzwaldvereins kam der Kabinettmeister Karl Wirsch in der Dunkelheit vom Wege ab und fiel in den Rotenbacher Kanal, wo am Montag morgen seine Leiche gefunden wurde. Der beliebte Mann, der Gattin und Tochter hinterließ, war 22 Jahre in der Firma Rösch u. Döflein tätig.

Titisee. Zwischen drei Handwerksburschen die über Reutstadt hierher kamen, gab es heftigste politische Auseinandersetzungen, wobei einer erhebliche Verletzungen erlitt und eines Rotenbacher bedurfte. Die beiden Täter gingen flüchtig und konnten in Freiburg dingfest gemacht werden.

Konstanz. Anfangs September war berichtet worden, daß der siebenjährige Felix Schwaninger von Reutkirch (Schwarzwald) im Bodensee ertrunken sei. Man hatte auf dem See den Konstant ein leeres Schiffchen mit einigen seiner Effekten gefunden. Der Fall ist überprüfenderweise aus Baden bei der Meldung getroffen, daß der Totenglaube dort von der Polizei ohne Aufweispapier und mittellos ausgeführt worden ist. Die Ertrinkungsaffäre war also nur fingiert, damit sich der abenteuerlustige Konstanzer ungehindert davon machen konnte.

Lehrkräfte in Volksschulen. In nächster Zeit beginnt der Arbeiter-Stenographenbund überall neue Stenographiekurse. Die Volksschulen des Arbeiter-Stenographenbundes ist aus der Volksschule hervorgegangen und durch den Arbeiter-Stenographenbund in ihre heutige Form umgestaltet. Ihr konstitutiver Aufbau beruht auf gründlicher Unterweisung des Stenographen. Durch ihren Dreifachbau und die Ausschaltung des bürokratischen Ballastes ist ihre Erlernung äußerst einfach, so daß sie sich jeder Vorkursstrebende ohne jede Vorunterrichtung aneignen kann. Ihre Normalschreibung garantiert allen Schreibenden weitgehende Anpassungsfähigkeit, wodurch ihr Lerneffekt weit über den der sogenannten Einheitschreibungen gegeben ist. Daher verdammt niemand die Teilnahme am Kursus. Umstellungen für den eigenen Besitz nicht entzogen: Arno Labenjak, Lehr i. Babenrieder-Edert-Strasse 13.

Achtung! Der Koji geht um!

Der am 9. ds. Ms. unter der obigen Ueberschrift im Volksfreund erscheinende Artikel, in dem ein kommunistischer Gemeinderat von Knielingen angegriffen worden ist, kann von der Sozialdemokratischen Partei in Knielingen nicht gebilligt werden. Er beruht ohne Zweifel auf persönlichen Motiven und entspricht nicht den Tatsachen. Als ehrliche Politiker können wir nicht umhin, ausdrücklich festzustellen, daß wir den angegriffenen kommunistischen Gemeinderat als Menschen und als politischen Gegner nur achten können. Mit aller Deutlichkeit sei ferner festgelegt, daß dieser Mann nicht Wirt nicht amtierend die Einkünfte hat, die ihm in dem Artikel unterstellt werden. Wenn dies der Fall wäre, hätte er sich nicht schon vor einiger Zeit entschließen, die Wirtschaftswache am 1. Oktober 1931 zu kündigen. Ein Mann, der seine geliebten Sinne zusammenhält, wird auch nie auf den Einfall kommen, daß man aus einem bescheidenen Wirtschaftsbetrieb, wie ihn der Betrieb des bewährten Kommunisten darstellt, ein Einkommen herauszupressen kann, wie dies vom Artikelverfasser behauptet wird. Der Wirtschaftler versteht zudem nur Arbeiter, die zum großen Teil arbeitslos sind und deshalb keine Zeichen machen können, die ausreichen könnten, das angegebene Einkommen zu erzielen. Der Artikelverfasser hat die Arbeiterchaft in Knielingen im allgemeinen und Sozial Partei in Knielingen im besonderen nur geschädigt, zumal der Artikel an einem Tag erschienen ist, der für die Arbeiterbewegung in Knielingen sehr bedeutungsvoll war.

Soz. Partei Knielingen. Die Verwaltungen.

Erinnerung! Vor einiger Zeit brachten wir für unsere Wähler das Interat der Verwaltungen. Nachfolgend ist „Wirt“ Emil Bauer, Bruchsal Nr. 27 (Baden), der im Sommer letzte Zeit hatte das damalige Ausgabekonto 100 Gramm und 5 Sorten Altkorn für nur 3.— Mark stark zu bezahlen, sollte dies leicht tun. Die Firma liefert recht, gut und billig.

Ein neuer Beitrag zur badischen Politik der letzten 100 Jahre

Dr. h. c. A. REMMELE
M. d. R., Minister a. D.

Baden vom Absolutismus zum Volksstaat

58 Seiten, brosch., 50 Pfg.

Volksfreund-Buchhandlung
Waldstraße 28 · Fernsprecher 7020 21

Nächste Woche
Bad. Wohlfahrts-Geld-Lotterie
Ziehung 29./30. Sept.
25 000
10 000
8 000
7 000
8 000
Los 50 Pfg. Dopp. Los 1.— Pfg.
Porto u. Liste 35 Pfg.
Stürmer
Mannheim O 7-11
Postfach 1043 Karlsruhe
u. alle Verkaufsstellen



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

23. September

1728 Rechtslehrer Chr. Thomajus. — 1861 Diskoriter Friedrich Schöller. — 1870 Schriftsteller Prosper Mérimée. — 1888 Maler Karl Spitzweg. — 1882 Chemiker Friedrich Wöhler (Entdecker des Aluminiums). — 1900 Internationaler Sozialistenkongress in Paris. — 1913 P. B. Bidford, schwedischer Vorkämpfer und Sozialist.

Wir müssen sparen . . .

Wo man hinsieht, wo man hingehört, vernimmt man heute das Wort vom Sparen. Sparen — klingt noch in unseren Ohren aus guten Tagen als eine Tugend. Was gegenwärtig mit dem Begriff Sparen getrieben wird, ist ein Lafter.

Dazu ein National-Laster. Sprechen wir nicht von den Menschen, die nur ionel verdienen, daß sie den Magen stossen und das Dach über dem Kopf erhalten können. Neben wir nicht von den Viechen, die in Form der Arbeitslosenunterstützung seit Wochen, Monaten, Jahren auf eiserne Nation gelebt sind. Die reden nicht vom Sparen.

Über vom Sparen sprechen alle übrigen Millionen, die noch Geld verdienen. Zugaben, daß auch darunter viele, sehr viele sind, die vorn und hinten einparen, die sich überlesen müssen, wie man es anstellt, um mit dem verminderten Verdienst sich und vor allem die Kinder ordentlich ernähren, anständig kleiden und ein bißchen behaglich wohnen zu können. Auch sie sind nicht die Wortführer bei der Rundrede vom Sparen.

Während also einem großen Teil des Volkes das Haushalten, Einhalten, Aneinanderhalten, die selbstverständlichen und sehr häufig auch sorgenvollen Begleitumstände ihres Alltagslebens geworden ist, über das man nicht viel Worte macht, haben diejenigen Leute, die bisher davon nichts gewußt oder sich darüber erhaben gefühlt haben, jetzt ein mal das Wort gehört.

Und wie immer in solchen Fällen, wo einer sehr spät zu einer Erkenntnis kommt, die bereits Allgemeingut und Lebensbasis vieler anderer geworden ist — wird nun diese spät erkannte Wahrheit zu einer Neuentdeckung gefestigt, die mit Polkaunenstößen hinaus-trompetet wird.

Der Staat fängt damit an, daß er spät, reichlich spät von der Kürzung der überdimensionalen Pensionen und Gehälter spricht; von den Fürstengeldern hört man nichts, dafür ist scheinbar immer noch nicht Zeit. Aber für die Kriegsooper einer „aroben Zeit“ ist kein Geld in der Kasse: wir müssen sparen.

Wir müssen sparen — ertönt es im Chorus der Bürokrat, die immer noch ein gutes Einkommen haben. Wenn solche Leute nun aber mit sorgenvoller Miene am Teetisch sagen: „ja, wir müssen auch sparen“, so ist das viel bequemer und man sichert sich weit und breit das Obium, ein von der Not der Zeit ergriffener Mensch zu sein. Und das ist heute modern — Ernst, strummwoll, tiefgeföhlt Mittelbein übergeben, bei passender Gelegenheit auch über die „armen Arbeitslosen“ zu lesen, ist das teilsche Modetext, das trotz seiner Nuance Grau-in-Grau doch gestattet, den inneren Habitus in leuchtenden Farben schillern zu lassen.

Zu diesen Leuten gehört es auch, daß sie davon sprechen, „mein Mädchen“ entlassen zu müssen — um nachher eine andere mit niedrigerem Lohn engagieren zu können. Auch der Theaterplatz wird nicht mehr abonniert: wir müssen sparen! Es kann vielen Tausenden wirklich gleichgültig sein, ob das Theater lebensfähig erhalten wird oder nicht, weil sie so oder so nichts von dieser mit zu den schönsten Lebensfreuden gehörenden Einrichtung haben. Aber es verriet trassen Egoismus, wenn Leute, die immer noch genügend Geld haben, jetzt in der kritischen Zeit die Existenz des Theaters und damit einer großen Anzahl von Einzelexistenzen gefährden, nur weil es jetzt mal Mode ist, vom Sparen zu reden. Das dabei viele sind, die sich gerne als Theaterfreunde und Theater-enthusiasten anheben lassen, sieht die erste Geschichte ins Lächerliche.

Dah wir jetzt alle weniger haben, ist leider eine Tatsache, aber wer noch mehr hat, als das Notwendige, hat keinen Grund zum Klagen. War es früher eine ängstlich verbedete und gerade beim Bürgerturn oftmals grotesk übertriebene Besorgnis, zur Spar-samkeit gezwungen zu sein, so plärrt man heute in die Welt hinaus, wenn niemals kein Grund vorliegt: wir müssen sparen. Es gehört zum guten Ton, „Platte“ zu sein, Schulden zu haben, was meistens nur durch eine Überheißerung der Ansprüche eintritt, und weil man in bestimmten Kreisen gelernt hat, die Lebensbedürfnisse mit ihren Möglichkeiten auszubalancieren.

Bezirksrats-sitzung

vom 2. September 1931

Dem Bezirksrat als Verwaltungsgericht lagen wieder eine größere Anzahl von Klagen zwischen Bezirksfürsorgeverbänden wegen Erlases von aufgewendeten Fürsorgekosten zur Entscheidung vor, die zum Teil abgewiesen und zum andern Teil stattgegeben wurden.

In den Verwaltungsangelegenheiten folgende Konzeptionsbeschlüsse: dem Ludwig Vint hier zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinausgang „Zum Württemberg Hof“, Ulanstraße 26, dem Wilhelm Braun hier zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinausgang „Zum Silberhäute“, Steinstraße 9, dem Karl Haller hier zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinausgang „Zum großen Kurfürsten“, Sophienstraße 80, dem Otto Müller hier zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinausgang „Zum Grenadier, Kapellenstr. 40, dem Friedrich Weber in Darlangen zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinausgang „Zur Rose“, Taubenstr. 47, der Frau Josefine Göhring zum Betrieb des Konditorei-Kaffees mit Aus-gang von Süßweinen und Likören bis zur Polizeistunde im Hause Fasanenstr. 2, dem Augustin Schwarz hier zum Ausgang von Milch und alkoholfreien Getränken in der Milchtrinkhalle Karl-Wilhelm-straße 61, dem Karl Wippert in Wölbach zum Betrieb der Real-gastwirtschaft „Zur Krone“, Hauptstr. 95, dem Hugo Bohmann in Kölsingen zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntwein-ausgang „Zum grünen Baum“, Weingartener Straße 299, dem Wilhelm Geseckus hier zum Kleinhandel mit Branntwein im Hause Amalienstr. 53, dem Leopold Rieker in Kniebis zum Be-trieb der Realgastwirtschaft „Zum Adler“, Hauptstr. 204; abgesetzt von der Tagesordnung wurde das Gesuch des Hermann Kuttuff hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Brannt-weinausgang „Zum Frankfurter Hof“, Durlacher Allee 24, sowie das Gesuch der Kleingartenanlage Friedhof-Dt e. B. zum Betrieb eines Erfrischungsräume auf ihrem Spielplatz an der Hansfelder Allee, während das Gesuch der Ernst Weier Ehefrau hier, um Erlaubnis zum Betrieb des Konditorei-Kaffees mit Ausgang alkoholfreier Getränke im Hause Waldhornstr. 25 abgesetzt wurde.

Die Vertrauensmänner zur Aufstellung der Geschworenen und Schöffenlisten für die Amtsgerichtsbezirke Karlsruhe und Durlach wurden neu ernannt. Der Sitzung für den Fortbildungsausschußverband Grünwetterbach wurde dem Antrag des Kreisdeputierten ent-sprechend stattgegeben. Der Erstellung eines Gemeindehauses für die

Genossin Bernauer †

Am Dienstag nachmittag um 5 Uhr ist unsere Genossin Bernauer im Stadt-Krankenhaus im Alter von 53 Jahren entschlafen. Ein zehnmontatlanges Krankenlager, während welchem eine Krankheit die andere ablöste, machte nun ihrem Leben ein Ende. Bei vollem Bewußtsein bis zum letzten Atemzuge, hatte sie noch einen harten Kampf mit dem Schicksal-Tod zu führen.

Früh schon, als junge Frau, hatte sie für die Partei gewirkt, lange Jahre war sie für die Verbreitung des Volksfreunds in der Südstadt tätig und zwar in einer Zeit, in der es noch nicht leicht war, für unsere Ideen zu werben. Ihr zäher Wille setzte sie aber über all diese Schwierigkeiten hinweg. Genossin Bernauer war Mitbegründerin der sozialdem. Frauensektion und das Vertrauen der Genossinnen berief sie 1919 als Vertreterin in den Bürgerausschuß, dem sie noch angehörte. Sie war hauptsächlich in der Fürsorge tätig. Neben der Jugendfürsorge war ihr die Betreuung der Sozialrentner besonders am Herzen gelegen. Kein Weg war ihr zu weit und keine Arbeit zu viel, wenn es galt, den in Not Geratenen zu helfen. An sich und ihre Gesundheit hat sie immer zuletzt gedacht.

Genossin Bernauer war auch Mitbegründerin der Arbeiterwohlfahrt und in den letzten zwei Jahren Geschäftsführerin derselben. Auch hier stellte sie ihre ganze Person in den Dienst der Sache. Wer sie näher kannte, lernte in ihr einen Menschen schätzen, der in seiner schlichten einfachen Art, frei von aller Kleinlichkeit, gewissenhaft als Kämpferin für den Sozialismus seinen Weg ging.

Trauern stehen wir an ihrer Bahre. Wir alle, besonders wir Frauen, geloben uns, der Genossin Bernauer nachzueifern wie sie für die Aufklärung und Gewinnung der Frauen zu sorgen. So ehren wir am besten das Andenken unserer Genossin, wenn wir die Arbeit, die ihrer Hand entfiel, aufneh-men und fortführen. Wenn wir unsere alljährlich aus dem Leben geschiedenen Genossin zu Grabe tragen, so trauern an ihrer letzten Ruhestätte nicht nur die tiefergebeugten Familienangehörigen, sondern auch wir, die der Verstorbenen als Genossin und Genosse nahegestanden haben. Ehre ihrem Andenken!

L. M.

evangelische Kircheneinigkeit Karlsruhe-Mühlwippen und Bereitwilligkeit der Bedienung hierzu, wird zugestimmt. Der Gemeinde-Größenrat wurde der Voranschlag für das Jahr 1931 genehmigt, des weiteren fand Genehmigung zweier Kapitalaufnahmen, eines Gemeindebeschlusses über Schuldenaufnahme sowie den Bericht auf Vermögensvergleich aus dem Erlös von außerordentlichen Zuschüssen; der Gemeinde Kleinfeinbach wurde die 1929er Gemeindefinanzrechnung ebenfalls aufstimmend verabschiedet.

Schwere Kindesmißhandlung

hsh. Wegen fortgesetzter Mißhandlung hatten sich gestern vor dem Amtsgericht Karlsruhe der Händler Fridolin Bähr und dessen Ehefrau Elise Bähr zu verantworten. (Vorherrschender Amtsgerichtsrat St. Witt). Die noch sehr jungen Eheleute haben drei Kinder, wovon zwei bereits vor der Ehe da waren. Die Anklage wirft nun den Eheleuten vor, daß beide ihr dreijähriges Kind mittels eines Kabelstückes geschlagen haben, daß das Kind am ganzen Körper Flecken und Striemen erhalten hat. Die Zeugenausfrage ergab ganz unmen-schliche Zustände, wie das Kind von seinen Eltern geplagt wurde. So soll das Kind aus Hunger sich aus dem Futternapf eines Hundes im Hause ekbäre Dinge genommen haben. Im Winter lag es halbnackt im Hof. Schrie es einmal, so wurde es in kaltes Wasser getaucht und längere Zeit unter Wasser gehalten. Die Mißhandlungen waren am 21. Juli des Jahres so groß, daß die Nachbar-leute Anzeige erstatteten.

Der Sachverständige, Herr Medizinalrat Dr. Schöning, der das Kind untersuchte, stellte am ganzen Körper Zeichen der Mißhandlung fest, alle ein Zeugnis, mit welcher „Liebe und Sorgfalt“ die Eltern für ihr Kind sorgten. Die Eheleute leugneten auch den Tatbestand und die Frau meinte auch, „jede Frau muß ihr Kind erziehen“, wobei der Richter ihr das Drahtstück entgegenhielt und es als sehr fraglich hinstellte, ob dieses Instrument dazu geeignet erseigne. Er meinte auch, daß sich der Vater des Kindes mit einem solchen Werkzeug wohl nicht mißhandeln lassen würde und bei einem wehrlosen Kinde dies doppelt gemein sei. Obwohl die Zeugenausfrage ergab, daß die Frau die Hausfrau die ge-worde war, wurde mit Rücksicht auf die vielen Vorstrafen des Mannes für beide eine Strafe von je 4 Monaten Gefängnis erkannt. Der Richter betonte, daß die Fälle der Kindesmißhandlung erfreulicherweise selten sind und daß infolge der Schwere der Hand-lung mitdernde Umstände nicht in Frage kommen.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Um welche Zeit soll das Theater abends beginnen?

Zu diesem Thema wird uns vom Landestheater geschrieben: Der Beginn der Vorstellungen im Landestheater ist nicht etwa willkürlich festgesetzt worden oder so eingerichtet, daß er nur einseitigen Wünschen entspreche. Es mußte der Versuch gemacht werden, allen Schichten der Theaterbesucher gerecht zu werden. In einem Punkt herrscht Einigkeit: nicht zu früher Anfang und nicht

Wahn-Europa

Ueber dieses Thema spricht heute Mittwoch abend 8 Uhr in der Hauptversammlung der Sozialdem. Partei im „Elefanten“ Gen. Reichstagsabg. Schöpplin.

Wahn-Europa! Das zutreffende Stichwort zu den politi-schen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Europa; ein Thema, das gewiß großem Interesse begegnen wird. Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, die Versammlung recht zahlreich zu besuchen.

zu spätes Ende. Das läßt sich aber nur bei wenigen Stücken erreichen — etwa bei modernen Lustspielen, die nur eine Dekoration aufweisen und dabei in zwei Stunden abzuwickeln sind. Bei einem Werk, das 3 Stunden und länger spielt, erhebt sich schon die Frage, welches Uebel ist kleiner, das Ende um 23 Uhr oder der Beginn um 20 Uhr? Dabei hat sich durch die Erfahrung herausgestellt, daß von dem überwiegenden Teil unserer Theaterbesucher lieber der spätere Schluss in Kauf genommen wird, um den späteren Beginn zu ermöglichen. Denn wenn auch Geschäfte und Betriebe vor 19 Uhr schließen, so ist dem Theaterbesucher die Spanne Zeit noch nötig, um seine Angelegenheiten zu ordnen, noch etwas zu essen, sich umziehen und mit Ruhe und nicht abgehört ins Theater zu gelangen. Nicht also blinde Nachahmung von Großstadttheatergebräuchen, die hier nicht am Platze wäre, sondern Wünsche aus dem Publikum und die Erfahrung haben gelehrt, den Anfang der Vorstellungen so zu legen, daß sie in der Regel um 20 Uhr beginnen können.

Aber auch dem andern Teil des Theaterpublikums ist Rechnung getragen. Zunächst fangen die Sonntagsvorstellungen stets früher an und enden dementsprechend auch früher. Dann beginnen die Mittwochsvorstellungen stets so spät, daß sie bestimmt um 22.15 Uhr beendet sind. Plakmieter, die Freunde eines früheren Vorstellungsschlusses sind, brauchen demnach nur die Miete A (Mittwochsmitte) zu wählen, um bestrebt zu sein. Tagesstarten-läufere oder Platzierungsanwärter haben für den gleichen Zweck zwei Tage, Sonntag und Mittwoch zur Verfügung. Aber auch an den übrigen Tagen ist ein später Schluss selbst beim 20 Uhr-Anfang nicht die Regel, sondern Ausnahme und bei Stücken, die über drei Stunden hinausgehen, wird der Anfang schon auf 19.30 Uhr oder gar 19 Uhr gesetzt — bei Opern wie „Walfire“ oder „Meistersinger“ gar auf 18 (Sonntags 17) Uhr.

Aus alle dem möge ersehen werden, daß reifliche Überlegung zu der Einteilung geführt hat, wie sie jetzt besteht und daß diese nur durch die Rücksicht auf jede Art von Publikum diktiert ist. Käme es auf uns an, so würde der Beginn noch viel früher gesetzt werden, denn für das Theater ist der Dienst mit dem Fall des Vorhangs leider noch längst nicht zu Ende. Aber unsere Bequemlichkeit hat den Wünschen der Publikum des Theaters, des Publikums, nachzugeben. Auch mit Berufung auf „frühere Zeiten“ wäre nichts zu entschuldigen.

Volksbühne Karlsruhe

Mit der Aufführung von Shakespeares „Julius Cäsar“ hat auch die Volksbühne im neuen Spieljahr ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Den energischen Bemühungen des Vorstandes ist es gelungen, trotz der Preissteigerung, die der Volksbühne vor zwei Jahren gewährt wurde, nochmals eine, wenn auch kleine, Ermäßigung zu erwirken, die durch Einparungen in der eigenen Verwaltung vergrößert werden konnte. Gleichseitig ist den Verhältnissen entsprechend die Aufnahmehöhe gekürzt worden. (Näheres siehe Theater.) So ist die Volksbühne mehr als je für die wirtschaftlich Schwachen der Weg, auf dem ihnen selbst in vielen Kategorien das Theater zugänglicher ist. Die Volksbühne wendet sich bekanntlich an die Arbeiter, Angestellten und mittleren Beamten und bei diesen Berufsarten wirtschaftlich gleichgestellten Personen. Mehr noch als in normalen Zeiten hat der Mensch nach des Tages-Lohn und Arbeit eine geistliche und geistige Entspannung nötig und bietet ihm die künstlerische Schaubühne in hohem Maße. Aber nicht nur dem Einzelnen dient die Volksbühne, sie dient auch dem Landestheater und damit wieder der Gesamtheit. Die Volksbühne ist heute ein wesentlicher Faktor in der Finanzwirtschaft des Theaters, dem sie im vergangenen Spieljahr 50 Vorstellungen abgenommen hat. Wer also das Landestheater in seiner jetzigen Form erhalten wissen will und nicht in der Lage ist, die normalen Theaterpreise zu zahlen, der komme zur Volksbühne!

Zum Thema:

„Großkampfstag des Hausbesitzes“

wird uns von einem Geschäftsmann noch geschrieben: Der im Volksfreund vom 17. d. M. erschienene Artikel über Altkausbesitz ist mir aus der Seele geschrieben. Nach den neuesten Nachrichten gehen Alt- und Neubausitz zusammen. Gemeindefähig wollen sie dem Staat ihre Interessen aufbringen und wenn ihnen das gelungen ist, so werden sich schon Mittel und Wege finden, daß die Besitze-solten die Besitze besahen. Sie gehen nach berühmtem Vorbild, Hausbesitzer, wahrer eure beständigen Güter! Aus dem Stab der des Krieges ist unter Besitz unangeachtet herausgenommen. Die Zwangswirtschaft werden wir noch freier überwinden. Der gute deutsche Mittelstand wird noch froh sein, wenn er in unseren Häusern wohnen darf. So steht die Lage aus und das viele Geld, das nur zur Vorbereitung eines neuen Hausbaus auf die Tafeln der kleinen Leute.

Es gibt a. B. Hausbesitzer, die vor dem Krieg sich kümmerlich durchgeschlagen haben. Sie haben die Inflation mit ihren Währungsfeinden erkannt, wacker mitgehoben und das Geld, als vorzüglichste Währung, in Häusern angelegt. Alles ist gut bis jetzt gegangen. Sie haben die Mieten für gewerbliche Räume bisher nach eigenem Gutdünken festsetzen können, denn die Nachfrage war so groß, daß ihr Preisbitakt reiflos angenommen wurde. Die Mieten saßen fest, alles und bekanntlich verpfändeter Reichtum. Jetzt ist das Erwachen da, die Mieten können und wollen nicht mehr. Die armen Besitzer jammern. Aber schließlich ist noch Vater Staat da. Wenn wir nicht gut zureiten, vielleicht greift er uns unter die Arme. Wir sind nicht der staatserbaltende Mittelstand! Wir kämpfen auf die Republik, aber wir nehmen ihr Geld, denn Geld reicht nicht.

(.) Anschlag auf Bürgermeister Sauer. Am 6. August wurde in allen Zeitungen über einen Anschlag auf Bürgermeister Sauer berichtet. Der in Frage kommende Täter, der frühere Räteführer Beante Mahmeier, schied uns nun eine längere Erklärung, die wir folgendes entnehmen: Am 6. v. Mts. haben Sie Ihrer Lebens-lust Kunde von einem angeblichen „Anschlag auf Bürgermeister Sauer“ erhalten, den ich verbit haben sollte. Dabei wurde u. a. auch erwähnt, daß ich wegen Anzeichen „gestörter geistiger Tätigkeit“ zur Ruhe gesetzt worden sei. Ohne auf weitere Einzelheiten eingehen zu wollen, erkläre ich, daß ich lebhaft mit den Bürgermeister Sauer einen Scherzschuß abgegeben habe, was hierdurch die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens zu erwarten war. Näheres wird die Gerichtsverhandlung ergeben. Die insgesamten durch das hiesige Landgericht ausgeprochenen bedenklichen Hoffentlichung dürfte schon ein Beweis dafür gelten, daß ich als ein verständiger und ruhiger Mensch angesehen werde.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 21. September: Karl Schickel, Reichsb.-Schirmmeister a. D., Wimer, alt 81 Jahre (Kriegs-bera in Sachlen). August Reiner, Stadt. Baugemeister a. D., Wimer, alt 80 Jahre. Beerdigung am 23. Sept., 14.30 Uhr. Johannes Riff, Schlosser, Ebmann, alt 54 Jahre (Kriegsbach). Johann Riedle, alt 70 Jahre, Hauptlehrer a. D., Ichig, Beerdigungszeit am 24. Sept., 11 Uhr. — 22. Sept.: Elisabeth Fein, alt 69 Jahre, Ehefrau von Jakob Fein, Blechner, Beerdigung am 24. Sept., 14 Uhr.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfall

Auf der Kaiserstraße geriet gestern ein Lastkraftwagen mit Anhänger auf dem nassen Asphalt ins Rutschen, wobei eine Radfabrikerin vom Anhänger erfasst und auf dem Schwanz geschleudert wurde. Die Radfabrikerin kam glücklicherweise mit leichten Verletzungen davon.

Schlägerei

Bei einer Wirtschaftsschlägerei in der Südstadt wurden 2 Personen durch Schläge mit einem Bierglas am Kopf erheblich verletzt.

Aus Organisationen und Vereinen

Im Dienste der Musik

Am 14. d. Mts. hielt der Bachverein Karlsruhe seine satzungsgemäße ordentliche Hauptversammlung im „Moninger“ ab für das abgelaufene Geschäftsjahr 1. Juli 1930/31. Den zeit- und wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend war der Umfang der musikalischen Darbietungen naturgemäß im abgelaufenen Geschäftsjahr etwas gemindert. Zweimal wirkte der Verein im Rahmen der Sinfonieconcerte bei der Aufführung der „Jahreszeiten“ von Haydn unter Leitung des Generalmusikdirektors Krips mit. Es waren dies musterartige Veranstaltungen, die beim Publikum nicht erndendenden Beifall auslösten. Ein besonderer Damenschor beteiligte sich u. a. an dem Bazar zum besten der vereinigten Bahnhofsmission.

Neben sonstigen künstlerischen Darbietungen und je einem Ausflug nach Maulbronn und dem nahen Durlach war der Höhepunkt des musikalischen Jahres die Begehung des 25jährigen Stiftungsfestes des Bachvereins in Verbindung mit einer Gedenkstunde für den Mitbegründer und langjährigen Vereinsdirigenten Max Brauer.

Um den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, wurde einem Antrag des Vorstandes, den Beitrag der passiven Mitglieder von 12 auf 9 Mark herabzusetzen, zugestimmt.

Der Kassenbericht wurde vom Rechnungsführer, Justizsekretär Bahms, erstattet und dem Vorstande seitens der Versammlung Entlastung erteilt. Da der bei der Hauptversammlung vorigen Jahres gewählte Vorstand zwei Jahre seines Amtes zu walten hat, so war eine Wahlhandlung nicht vorzunehmen.

Nach den allgemeinen Ferien werden die Proben für die Aufführung des Requims von Mozart aufgenommen. Im Jahre 1932 soll im besonderen der 200. Wiederkehr des Todestages von Haydn gedacht werden.

Mit Worten des Dankes und der an die Mitglieder gerichteten Bitte, dem Verein trotz der Unlust der wirtschaftlichen Verhältnisse auch weiterhin treu zu bleiben und den Vorstand in seinen Aufgaben und Bestrebungen verständnisvoll zu unterstützen, konnte die Hauptversammlung beendet werden. Gefälliges Zusammenfeiern, verschönert durch Lieder- und Klavierkonzerte sowie durch Rezitationen beschloß den gemütlichen, in allen Teilen harmonisch verlaufenen Abend.

Badisches Landestheater. Mit dem dreitägigen „Tempo über hundert“ von Frau Cammerlohr bringt das Schauspiel am Freitag, 25. September, die erste Erstaufführung der Spielzeit. Das Stück, dem der Verfasser seine Gattungsbezeichnung mitgab, darf den Komödien zugerechnet werden und stellt in der männlichen Hauptfigur ein Geschicksgenie großen Stils in den Mittelpunkt, einen Charakter von modernster Problematik, der um seiner hochgesteckten Ziele willen in der Wahl seiner Mittel zum Zweck von „des Gedankens Wille“ völlig unangenehm ist. — Die Oper bringt am Mittwoch, 23. September, Verdis „Rosenkavalier“ zur Wiederaufführung, am Donnerstag, 24. September, die „Salome“ von Richard Strauß zur Wiederholung und am Sonntag, 27. September, die zweite Aufführung der „Frau ohne Schatten“ unter musikalischer Leitung des Komponisten Richard Strauß selbst. Am 28. September acht das Singpiel „Im weißen Röhl“ von Ralph Benatzky zum zweitenmal in Szene. — Im Konzerthaus gelangt am Sonntag, 27. September, die Schwanoperette „Frauen haben das gern“ von Arnold und Bach mit der Musik von Walter Kollo zur Erstaufführung.

Beierheim

Parteiversammlung

Parteiversammlung. In einer gut besuchten Mitgliederversammlung eröffnete nach einer längeren Sommerpause die Bezirksgruppe Beierheim der Jos. Partei Karlsruhe ihre Versammlungs- und Bildungsstätigkeit für das kommende Winterhalbjahr. Genosse Schulenburg sprach über das Thema: „Privatkapitalistische Profitwirtschaft und Weltwirtschaftskrise“. An den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Aussprache an. Hierauf wurden Besatzungsangelegenheiten erörtert und das Bildungsprogramm für das Winterhalbjahr besprochen. Es wurde beschlossen, jeden Monat eine Versammlung mit Vortrag abzuhalten. Die Ausgestaltung derselben wurde dem Bezirksauschuss überlassen. Mit der Aufforderung an die Anwesenden, die kommenden Versammlungen der Bezirksgruppe reiflich zu besuchen und auch Bekannte mitzubringen, konnte der Vorsitzende um 11 Uhr die anregend verlaufene Versammlung schließen.

Der arbeitslose Schwerkriegsbeschädigte

Die 2. Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni dieses Jahres brachte bekanntlich auch für Kriegsbeschädigte einen allgemeinen Rentenabzug. Aber damit nicht genug. Die Kriegsbeschädigten, die das Unglück haben, arbeitslos zu werden, müssen zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen ein weiteres Opfer auf sich nehmen. Durch die Anrechnung der Rente über 15 Mark auf die Arbeitslosenunterstützung sollen die arbeitslosen Schwerkriegsbeschädigten ganz besonders mit dazu beitragen, die Sanierung der Reichsanfahrt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu erleichtern. Wie sich die Anrechnung der Kriegsrente auf die Arbeitslosenunterstützung bei arbeitslosen Schwerkriegsbeschädigten in der Praxis auswirkt, soll hier an einem kleinen Beispiel gezeigt werden. Ein arbeitsloser Kriegsbeschädigter mit einer Erwerbsminderung von 70 Prozent, verheiratet, drei Kinder erhielt bis 1. Juli 1931 eine wöchentliche Rente von 20,07 RM, hierzu Arbeitslosenunterstützung (nach Lohnklasse 8) 24,75 RM, zusammen 44,82 RM. Nach der Notverordnung erhält derselbe Schwerkriegsbeschädigte eine wöchentliche Rente von 18,00 RM, hierzu Arbeitslosenunterstützung 7,98 RM, zusammen wöchentlich 25,98 RM. Verlust an Rente und Arbeitslosenunterstützung wöchentlich 18,84 RM.

Der nun der gleiche Schwerkriegsbeschädigte das Mißgeschick, aus der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen zu werden und die Kriegsfürsorge in Anspruch nehmen zu müssen, so tritt bei ihm eine weitere starke Einkommensminderung ein. Nach Artikel 4 der Kriegsfürsorgeverordnung vom 11. Oktober 1930 ist das eigene Einkommen des Arbeitslosen auf die Kriegsfürsorgeansprüche anzurechnen, soweit das Einkommen 20 Prozent der Kriegsfürsorge übersteigt, die der Arbeitslose für sich und seine Familienangehörigen beziehen kann. Zu dem Einkommen nach Artikel 4 der genannten Verordnung ist auch die Kriegsrente zu rechnen. Nach der Notverordnung vom 5. Juni dieses Jahres berechnet sich die Kriegsfürsorge bekanntlich nach der vor der Aussteuerung bezogenen Arbeitslosenunterstützung, die im vorliegenden Falle nur 7,98 RM wöchentlich betragen hat. In Anbetracht der stark gesunkenen Arbeitslosenunterstützung ist der nach Artikel 4 der Kriegsfürsorgeverordnung zu errechnende Freiteil sehr gering. Das wöchentliche Einkommen aus Rente und Arbeitslosenunterstützung für den als Beispiel angeführten arbeitslosen Schwerkriegsbeschädigten beträgt nun nach der Aussteuerung aus der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung Rente 18,00 RM, Arbeitslosenunterstützung 7,98 RM, zusammen 25,98 RM.

Wie ein Schwerkriegsbeschädigter mit Frau und drei Kindern mit einem solchen Betrag sein Dasein fristen soll, ohne Schulden zu machen, bleibt ein Rätsel. Nach der Notverordnung vom 5. Juni kann dieser Schwerkriegsbeschädigte im ärmlichsten Falle nur noch die halbe Zusatzrente erhalten und diese nur dann, wenn die Minderung des Einkommens auf die Folgen der Kriegsbeschädigung zurückzuführen ist. Aber auch mit der halben Zusatzrente bleibt das Einkommen dieses Schwerkriegsbeschädigten noch weit unter dem Existenzminimum. Es ist bei einem solchen Schwerkriegsbeschädigten, wenn er das Pech hat, Weinmutter zu sein, auch der Mehrverbrauch an Wäsche und Kleider zu berücksichtigen. Außerdem kommt noch hinzu, daß der arbeitslose Schwerkriegsbeschädigte gegenüber seinem gesunden Lebensgenossen in bezug auf Versicherung von Gelegenheitsarbeit stark im Nachteil ist. Zusammengefaßt sieht das „Opfer“ dieses Schwerkriegsbeschädigten, da er für sich und sein armes, geliebtes Vaterland bisher gebracht hat und noch bringen muß, folgendermaßen aus: 1. Die Strapazen und Entbehrungen im Krieg. 2. Den Verlust der Gesundheit mit den damit verbundenen körperlichen und seelischen Schmerzen. 3. Allgem. Rentenabzug. 4. Anrechnung seiner Rente auf die Arbeitslosenunterstützung trotz Beitragsleistung zur Arbeitslosenversicherung. 5. Kürzung der Kriegsfürsorge auf einen Bruchteil, der dem Arbeitsamt überhaupt nicht mehr zur Auszahlung kommt. 6. Verweigerung der Zusatzrente überhaupt oder Herabsetzung derselben auf die Hälfte des normalen Satzes.

Sie, ja, „der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß“, so hieß es von 1914 bis 1918 in aller Munde. Und die Wirklichkeit? — Wie das Beispiel zeigt, statt Dank unerhörte Opfer.

Aus der Stadt Durlach

Kinderfreunde. rote Falke: Mittwoch, 23. Sept., Singen im Hort. Arrior lernt uns neue Lieder. Junge Falke: Mittwoch, 23. Sept., Zusammenkunft im Hort. Anfang 3 Uhr. rote Falke: Samstag, 26. Sept., Wir treffen uns im Hort.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Mit dem langsamen Abzug der Hochdruckrinne nach Westrußland ist das Druckgefälle über Mitteleuropa geringer geworden. So kam es im Norden des Landes zu Bewölkungssteigerung; die damit verbundene Ausstrahlung brachte Tiefwerte der Temperatur und einbeißlich 2 Grad. Im Süden des Landes regnet es noch in den niederen Lagen. Bei 1000 Meter scheint es, bei leichtem Frost. Der bestehende Winterwettercharakter wird im wesentlichen fortdauern.

Wetterausblick für Donnerstag, den 24. Sept. 1931: Fortdauer der kühlen Witterung bei nordöstlichen Winden, wechselnd bewölkt und nimmend trocken, in Aufwindgebieten Nachmittagsgefahr. Deckliche Morgennebel, Hochlagen des Schwarzwaldes zeitweise Schneefälle bei leichtem Frost.

Wasserstand des Rheins

Basel 124, gef. 9; Waldsüd 314, gef. 9; Schusterinsel 180, gef. 8; Rebl 321, gef. 4; Maxau 503, gef. 3; Mannheim 414, gef. 30 Sim.

Letzte Nachrichten

Bayerisches Wahlgesetz gültig erklärt

München, 22. September (Eia. Draht). Der bayerische Staatsgerichtshof hat die Klagen der Landesgruppen der Staatspartei, Deutschen Volkspartei, Wirtschaftspartei und des Christlichen Volksdienstes, die das neue bayerische Wahlgesetz als verfassungswidrig anfochten haben, abgewiesen und damit die verfassungsgemäße Gültigkeit des Wahlgesetzes bestätigt.

Die genannten Parteien haben sich zu ihren Klagen veranlaßt, weil sie mit Recht befürchteten, daß sie infolge der im Gesetz enthaltenen Bestimmungen gegen die Splitterparteien bei einer Neuwahl des Landtages überhaupt keine Mandate erhalten. Wenn die Anhänger dieser Parteien im politischen Leben Bayerns künftig noch eine Rolle spielen wollen, drängt sie die Entscheidung des Staatsgerichtshofes zum politischen Zusammenbruch. Ob es dazu kommen wird, steht noch nicht fest, da die Entscheidung des bayerischen Landtages noch in diesem Jahr neu gewählt wird, erst Anfangs Oktober fällt.

Der Berliner Polizeimord vor der Aufklärung

Saarbrücken, 23. Sept. (Junddienst). Der kürzlich von der Saarpolizei verhaftete Heinrich Böser aus Frankfurt a. O. hat inzwischen gestanden, daß er Berlin am Abend des 9. August nach den Krawallen am Bülowplatz, die zwei Polizeioffiziere das Leben kosteten, verlassen hat. Im Saargebiet kam er auf Umwegen 10 Tage später an. Der Verdacht gegen Böser, an dem Mord der Polizeioffiziere beteiligt zu sein, hat sich inzwischen so verstärkt, daß die Staatsanwaltschaft 1. Berlin, bei dem Amtsgericht in Saarbrücken den Erlass eines Haftbefehls gegen Böser beantragt hat. Wenn diesem Antrag stattgegeben wird, wird die Auslieferung des Böser beantragt werden.

Nationalistische Mordhetze

Sie treiben auf die innere Katastrophe zu

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion, geeignet Fried, hat an den Reichskanzler folgendes Telegramm gerichtet, das zugleich dem Reichspräsidenten in Abschrift zuging:

„Mordtaten bewaffneter Nazis gegen wehrlose Nationalsozialisten häufen sich erschreckend. Sühne erfolgt regelmäßig nicht. Im Reichsstaat trägt Regierung letzte Verantwortung für Sicherheit der Volksgenossen. Wir erklären daher, daß wir für ungenügenden Schutz unserer Parteigenossen die Mitglieder der gegenwärtigen Regierung verantwortlich machen und gegebenenfalls zur Verantwortung ziehen werden.“

Die Germania sagt zu diesem unerschämten Telegramm: „Dieses Telegramm ist seinem Inhalt und seiner Form nach der Gipfelpunkt von Arroganz und Ueberheblichkeit. Es soll offenbar dazu dienen, die schwere Verantwortung für die bedauerliche Zuspitzung des innerpolitischen Kampfes von den Schultern der eigentlichen Unruheherde abzuwälzen.“

Der Vorwärts schreibt: „Dere Fried wird sich natürlich mit dem gezielten Entzünden gegen den Verdacht wehren, er habe mit dem „Verantwortlichmachen“ etwas anderes als die parlamentarische Verantwortung gemeint. Aber sicherlich hat er die Sprache nicht ganz ohne Rücksicht gewählt. Hat doch auch der deutschnationale Führer Eugenborn neulich in Stuttgart ausgesprochen, im Falle einer Katastrophe sollten nur Person und Eigentum derer geschützt werden, die sich zu uns bekannt haben.“ Deutscher Bürger, laufe die rechtzeitig ein deutschnationales Parteibuch, wenn du nicht gebrandschagt und gefüllt werden willst!“

Veranstaltungen

Mittwoch, den 23. September 1931:
Badisches Landestheater: Ein Maskenball, 19.30 Uhr.
Golfclub: Original Leipziger Fritz-Weber-Sänger, 20 Uhr.
Stadtpark: Nachmittagskonzerte, 15.30 bis 18 Uhr.
Gloria-Palast: 30 geb. aus und du bleibst da. Partie Schüttern.
Kammer-Vorstellung: Das Adelndämdelein. Königin der Fräule. Kurzstern.
Palast-Vorstellung: Quo-Quo-Quo-Konfirm.
Kessels-Vorstellung: Im Geheimdienst.
Schauburg: 20 000 Meilen unter dem Meer. Spum um Mitternacht.
Zum Elefanten: Parteiversammlung SPD, 20 Uhr.
Kaffee Museum: Nobenschau mit Vortrag und Tanz, 16 und 20 Uhr.

Vereinsanzeiger

Die zu 4 Helten 80 Pf. die Zeile. Bei 5 u. mehr Zeilen 60 Pf. die Zeile.
Veranstaltungen haben unter dieser Rubrik in der Regel freie Wahl, oder werden zum Vereinspreis berechnet.
Karlsruhe.
F.R. Süd. Freitag abend pünktlich 1/9 Uhr Abteilungs- und Spielerversammlung im Volkshaus. — Handball. Samstag mittags 5 Uhr auf dem Turmplatz Reuebesprechung. Erzielungen ist Pflicht.

Etwas Sparsameres als imi gibt es wirklich nicht! Schon ein Teelöffel voll genügt für eine normale Aufwasch- und Spülschüssel!

imi ist im Gebrauch über die Maßen billig!



imi zum Aufwaschen - Spülen - Reinigen * für Geschirr und alles Hausgerät *

450/415

